

**ERINNERUNGSKULTUREN
DER SOZIALEN DEMOKRATIE**

**GLEICHHEITSPRECHEN
UND IHR ERINNERN IM
GETEILTEN UND VEREINTEN
DEUTSCHLAND**

Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“

Christoph Lorke – September 2019



Zum Autor

Dr. habil. Christoph Lorke, geboren 1984, Studium der Geschichtswissenschaft, Germanistik, Psychologie und Pädagogik an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien 2009, seit jenem Jahr und unterbrochen von Auslandsaufenthalten in Washington D.C., London und Plovdiv (Bulgarien) Promotionsstudium an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Wissenschaftlicher Mitarbeiter ebenda, 2013 Verteidigung der Doktorarbeit, 2019 Habilitation und Erlangung der *venia legendi* für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Sozial- und Kulturgeschichte von Armut und sozialer Ungleichheit, die Teilungsgeschichte der beiden deutschen Staaten sowie Migrationsgeschichte.

Zu dieser Publikation

Auf Initiative der Hans-Böckler-Stiftung untersucht die Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ von 2018 bis 2020, wie Gewerkschaften und andere Akteur_innen sozialer Demokratie ihre Geschichte erinnern und erinnern. Darüber hinaus wird erforscht, inwiefern die Organisationen, Institutionen und Errungenschaften der sozialen Demokratie in den Erinnerungskulturen Deutschlands berücksichtigt wurden und werden. Die Reihe Arbeitspapiere aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ veröffentlicht Zwischenergebnisse aus der Arbeit der Kommission.

© 2019 Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
www.boeckler.de

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Inhalt

Inhalt	3
Zusammenfassung.....	4
Einführung	5
Ideengeschichtlich-theoretische und sozialetische Annäherungen an den Begriff der Gleichheit.....	8
Akteure, Praktiken, (retrospektive) Deutungen: Produzent_innen und Erzeuger_innen von ‚Gleichheit‘ vor 1989/90 und Konjunkturen von Erinnerungsmustern	13
Bundesrepublik Deutschland	13
DDR	24
Ein Ausblick in die 1990er Jahre.....	31
Verzeichnis über gedruckte Quellen und Literatur	38

Zusammenfassung

Der Begriff „Gleichheit“ ist vage und deswegen ausgesprochen kontrovers. Was bestimmte Akteure unter Gleichheit verstehen und auf welche Dimensionen sozialer Ungleichheit sie sich jeweils beziehen ist immer Frage politisch-ethischer Normen und zeitgenössischer Kontexte. So verwundert nicht, dass hier Meinungsvielfalt und diskrepante Ansichten herrschen, die Auslöser teils heftiger Deutungskämpfe waren und sind. Diese Deutungsoffenheit erklärt auch die teils widersprüchlichen, jedenfalls diskrepanten Erinnerungsformen.

In diesem Beitrag geht es aber nicht allein um die zeitgenössischen Wahrnehmungen von „Gleichheit“, sondern vielmehr um deren in Teilen bis in die heutige Zeit erinnerungskulturell bedeutsamen Nachwirkungen. Wie wurde „Gleichheit“ in Erinnerung und Geschichte nach 1945/49 erzählt, wie wurden soziale Umbrüche, Krisen und Kontinuitäten retrospektiv vergegenwärtigt, welchen Platz nehmen diese aus welchen Gründen in gegenwärtigen Erinnerungskulturen ein? Diese Fragen werden für das geteilte und vereinte Deutschland nachvollzogen und anhand verschiedener Fallbeispiele Konjunkturen, Dynamiken und Konflikte beim Wahrnehmen, Diskutieren und Erinnern von „Gleichheit“ illustriert. Den Abschluss des Beitrages bildet ein Ausblick auf die Zeit seit der Vereinigung beider deutscher Staaten.

Einführung

Die Beschäftigung mit sozialer Ungleichheit führt auf ein theoretisch, ideologisch und empirisch komplexes Feld. Sprech- und Denkweisen hierüber spiegeln nicht nur die Verhandlung sozioökonomischer Infrastrukturen einer bestimmten Gesellschaft, sondern letztlich immer auch Akzeptanz- und Machtfragen. Diese Beobachtung gilt zum einen für historische Diskussionen um dieses Thema, aber insbesondere auch für die Erinnerungen an eben solche (Un-)Gleichheitsdeutungen, -wahrnehmungen und -interpretationen, wurden bzw. werden doch daraus aktuelle politische Forderungen abgeleitet und vergangene legitimiert. Diese Kontroversität ist vorrangig auf die relative Unbestimmtheit und Offenheit des Begriffs „(Un-)Gleichheit“ zurückzuführen. Denn unklar ist (und war es hierzulande oft), welche Gleichheits-Definition der Debattierenden in verschiedenen Zeiten zugrunde liegt und lag, v.a. auf welche Arten oder welche Dimensionen sozialer Ungleichheit sie sich jeweils beziehen oder bezogen, etwa Chancen-, Bildungs-, Vermögens- oder Einkommensungleichheit. Es ist immer Frage politisch-ethischer Normen, worin und in welchem Umfang Gleichheit konkret hergestellt werden solle.¹ Die Rede von „Gleichheit“ meint immer Verschiedenes. Daher sind Meinungs- vielfalt und diskrepante Ansichten Auslöser teils heftiger Deutungskämpfe und abweichender Erinnerungsformen.

Von „sozialer Ungleichheit“ wird in der soziologischen Terminologie dann gesprochen, wenn als „wertvoll“ geltende „Güter“ nicht absolut gleich verteilt sind. Solche Diagnosen jedoch sind nicht ein für alle Mal fixiert, kann sich die Verteilung jener Güter im Laufe der Zeit ändern, ebenso wie sich Prioritäten in der Wahrnehmung von Beobachtern verschieben können. Nach Stefan Hradil gehören materieller Wohlstand, Macht, Prestige und Bildung zu den „Basisdimensionen“ sozialer Ungleichheit, hinzu treten Arbeits-, Wohn-, Umwelt- und Freizeitbedingungen.² Andere betonen, wie wichtig es sei, nicht nur Ausprägungen vertikaler Ungleichheit, sondern auch horizontale Ungleichheitsdimensionen in eine umfassende Analyse einzubeziehen – wie Geschlecht, Alter, Ethnie, Familienhintergrund, Generations- und Religionszugehörigkeit. Egal, welche der genannten Aspekte von Ungleichheit nun betrachtet werden: Erst durch soziale Definitions- und Konstruktionsleistungen erlangen sie Sichtbarkeit, welche zumeist aus normativen Leitidealen und -bildern abgeleitete Vorstellungen repräsentieren. Dabei scheint ein gewisses Maß an sozialer Gleichheit Vielen die notwendige Voraussetzung für eine

¹ Ebert, Thomas: Soziale Gerechtigkeit. Ideen – Geschichte – Kontroversen, 2. Auflage, Bonn 2015; Hake, Christina: Soziale Gerechtigkeit. Eine begriffshistorische Analyse, Wien 2005.

² Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheit in Deutschland, 8. Auflage, Wiesbaden 2005, S. 29-31.

funktionierende Demokratie und einen wirksamen Rechtsstaat zu sein; ein Übermaß an sozialer Ungleichheit indes birgt immer einen Moment der Gefährdung und potentiell soziale Sprengkraft in sich. Wenn die gesellschaftlichen Ausgleichsmechanismen hingegen nicht funktionieren, ist der Staat angehalten, wie auch immer geartete Abhilfe zu schaffen, um dadurch zu einer Lösung von Risikofällen beizutragen und zumindest einen partiellen Ausgleich sozialer Ungleichheit zwischen verschiedenen sozialen Gruppen anzubahnen. Laut wohlfahrtsstaatlichem Anspruch würden gesellschaftlich nicht tolerierbare Formen sozialer Ungleichheit abgemildert und bestimmte Risiken vergesellschaftet. Gleichwohl ist der Handlungsimperativ für die verantwortlichen politischen Akteure alles andere als eindeutig. Über Reichweite und Tiefe regulierender Eingriffe existieren abweichende politische Ansichten. Ausschlaggebend ist dabei letztlich nicht die Ungleichheit an sich – und diese Beobachtung gilt vermutlich für alle gesellschaftlichen Formationen gleichermaßen –, sondern vielmehr deren Wahrnehmung, Kommentierung und interpretatorische Einbettung in das herrschende gesellschaftliche Selbstverständnis.³

Nicht allein jene zeitgenössischen Wahrnehmungen sind es, die im vorliegenden Beitrag im Mittelpunkt des Interesses stehen, sondern stattdessen deren teils bis heute erinnerungskulturell relevanten Nachwirkungen. Wie wurde „Gleichheit“ in Erinnerung und Geschichte nach 1945 erzählt, wie wurden bestimmte soziale Umbrüche und Kontinuitäten retrospektiv vergegenwärtigt, welchen Platz nehmen sie in gegenwärtigen Erinnerungskulturen⁴ ein? Dies sind die Fragen, die das Interesse auf sich ziehen und für das geteilte und vereinte Deutschland⁵ punktuell nachvollzogen werden. Zunächst

³ Nußberger, Angelika: Soziale Gleichheit – Voraussetzung oder Aufgabe des Staates?, in: ZSR 56 (2010), 3, S. 335-345, hier S. 336.

⁴ Für eine umfassende Begriffsklärung ist hier nicht die geeignete Stelle. In gebotener Kürze zusammengefasst geht es im folgenden Beitrag um individuelle und kollektive Umgangsweisen mit der Vergangenheit, und zwar in diesem Fall bezogen auf ihren jeweiligen Umgang mit (sozialer) „Gleichheit“. Dafür sollen verschiedene zeitgenössische Debatten danach befragt werden, welche Referenzen aus der Vergangenheit als legitimierende oder delegitimierende Ressource für bestimmte sozialpolitische Praktiken Verwendung fanden. Grundlegend zum Konzept der Erinnerungskulturen: Cornelißen, Christoph: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: GWU 54 (2003), S. 548-563.

⁵ Es gibt mit den gleichen sozialstaatlichen Wurzeln vor 1945, der vergleichbaren Ausgangslage nach Kriegsende, der permanenten gegenseitigen Beobachtung, teilweisen Imitation und bewussten Abgrenzung von sozialstaatlichen Praktiken und insbesondere mit der Vereinigung zahlreiche Gründe, in einer solchen Gesamtbetrachtung nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die DDR zu berücksichtigen, somit eine integrierte deutsch-deutsche Wahrnehmungs- und Erinnerungsgeschichte sozialer Gleichheit anzuregen. Vgl. für methodische Hinweise zu einem solchen Ansatz mit Anlehnung an Christoph Kleßmann resümierend Jarausch, Konrad H.: „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), 1, S. 10-30.

sollen dafür konzeptionelle Annäherungen an den Begriff der Gleichheit erfolgen, ehe anhand verschiedener Fallbeispiele die Konjunkturen, Dynamiken und Konflikte beim Wahrnehmen, Diskutieren und letztlich Erinnern von „Gleichheit“ zuerst für die Bundesrepublik, sodann kontrastiv-komplementär für die DDR skizziert werden. Im Anschluss folgt ein Blick auf die Zeit seit 1990.

Ideengeschichtlich-theoretische und sozioethische Annäherungen an den Begriff der Gleichheit

„Gleichheit“ gilt spätestens seit der Aufklärung als Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaftsordnung. Freiheit und Gleichheit waren seither (zumindest theoretisch) prinzipiell gleichberechtigte, aber miteinander konkurrierende Elemente innerhalb einer als ‚gerecht‘ geltenden sozialen Ordnung, wobei Gleichheit vielen als Vorbedingung für Freiheit galt, etwa bei Thomas Hobbes, John Locke und Immanuel Kant.⁶ Im revolutionären Gleichheitsdenken in Frankreich begegnet seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Gleichheit das erste Mal prominent als geschichtlicher Grundbegriff; analog zu jenen Entwicklungen fand er auch in den deutschen Staaten mehr oder weniger als Synonym für eine antifeudalistisch motivierte Abschaffung der Adelsprivilegien Anwendung. Waren die Gleichheitsbestimmungen in den Verfassungsurkunden der süddeutschen Staaten noch recht vage, trat er nach 1830 zunehmend häufiger auch in nichtbürgerlichen Schichten auf und hatte einen dezidiert sozioökonomischen Akzent, der auf den Zusammenhang von Gleichheit und sozialer Emanzipation verwies. Eine stärkere Aufladung erlebte der Begriff im Zuge der deutschen Arbeiterbewegung (bei teils erheblichen inhaltlichen Differenzen zwischen einzelnen Theoretikern). Dabei gilt es, die bürgerlichen Gegenbewegungen des Antiegalitarismus nach 1850 zu bedenken. Deren Verfechter befürchteten, soziale Gleichheit hieße Nivellieren und „Herrschaft der Masse“. Während bestimmte Formen gesellschaftlicher Ungleichheiten als positiv aufgenommen wurden (hinsichtlich des Vermögens, Bildungssystems oder aktiven Stimmrechts), wirkten Forderungen nach politischer und insbesondere nach sozialer Gleichheit für viele privilegierte Beobachter irritierend und beunruhigend, weshalb der Begriff für sie pejoratives Schlagwort war.

Umstritten war bereits seinerzeit (und dies ist letztlich bis heute gültig), wie weit Gleichheit gehen dürfe, ohne die Freiheit des Einzelnen zu verletzen.⁷ Konzeptionell lässt sich grundsätzlich in zwei Formen von Gleichheit unterscheiden: „Formale Gleichheit“ bezeichnet die Gleichheit vor dem Gesetz, wodurch Chancengleichheit gewährleistet werden soll. „Demnach wird

⁶ Für diese begriffshistorischen Herleitungen: Dann, Otto: Gleichheit, in: Brunner, Otto u. a. (Hgg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 997-1046, bes. S. 1034-1044.

⁷ Hier und im Folgenden: Grunden, Timo: Nach dem Machtwechsel der Politikwechsel? Die Frage der sozialen Gleichheit in christdemokratischer und sozialdemokratischer Steuer- und Haushaltspolitik 1994–2002, Duisburg 2004, S. 45-53; vgl. außerdem grundlegend zu Sozialstaatsphilosophie und (Kritik am) Egalitarismus: Kersting, Wolfgang: Kritik der Gleichheit. Über die Grenzen der Gerechtigkeit und der Moral, Weilerswist 2002.

Gleichheit als „absolut“ aufgefasst. „Soziale Gleichheit“, die hier zentrale Thematik, beschreibt demgegenüber ein Verteilungsprinzip materieller wie immaterieller Güter. Dabei wird Gesellschaft als Kooperations- und Interdependenzgemeinschaft begriffen, wobei die Absicht der Herstellung sozialer Gleichheit auf eine Ordnung zielt, in der alle Menschen ungeachtet ihrer individuellen Eigenschaften und Unterschiede die gleiche Freiheit zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit haben. Im Gegensatz zur „formalen Gleichheit“ gilt Ungleichheit hier als „relativ“, gesellschaftlich bedingt und somit als – ein je nach Auslegung gravierendes und zu bearbeitendes oder in gewissem (oder gar größerem) Ausmaß zu akzeptierendes – (sozial-)politisches Problem.

Der US-amerikanische Philosoph John Rawls legte zu Beginn der 1970er Jahre mit seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ auf Basis liberaler Demokratie und Marktwirtschaft ein einflussreiches Konzept sozialer Gleichheit vor, das jene Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit aufgriff: Klassisch liberale Grundrechte wie Meinungs- und Religionsfreiheit würden mit einem „Differenzprinzip“ („So gleich wie möglich, so ungleich wie nötig“) hinsichtlich der Verteilung verfügbarer sozialer Güter konkurrieren. Nach Auffassung Rawls' seien soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten so zu gestalten, dass sie jedem zum Vorteil dienen. Soziale Gleichheit sei demnach Voraussetzung für Gerechtigkeit, wobei Ungleichheit unter bestimmten Umständen legitim, da produktiv und somit vorteilhaft sein könne. Umverteilungsmechanismen betrachtete Rawls grundsätzlich als nützlich, um ungerechtfertigte Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft zu nivellieren – eben wie es bis zur Mitte der 1970er Jahre in vielen westeuropäischen Gesellschaften geschehen war.⁸ Wenige Jahre später – „nach dem Boom“ also – waren die Vorzeichen allerdings gänzlich andere. Der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Milton Friedman sah in einer aus seiner Sicht ausufernden Staatsquote bei gleichzeitiger Inflation den größten Feind der Wirtschaft und als Hauptverantwortliche für die damalige ökonomische Krise, die unter anderem durch eine Zurückdrängung des Wohlfahrtsstaates zu überwinden wäre.⁹ Für Friedmans intellektuellen Wegbegleiter Friedrich August von Hayek handelte es sich bei sozialer Gerechtigkeit um einen Kategorienfehler, womit es auch keine soziale Ungerechtigkeit geben könne, ja vielmehr noch:

„Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig. Gerade die Unterschiede in der Entlohnung sind es, die den einzelnen dazu bringen, das zu tun, was das Sozialprodukt erst entstehen lässt.“¹⁰

⁸ Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1979, im Original: A Theory of Justice, Cambridge 1971.

⁹ Friedman, Milton u. a.: Chancen, die ich meine. Ein persönliches Bekenntnis. Berlin u. a. 1980.

¹⁰ Hayek, Friedrich August von: Ungleichheit ist nötig, in: Wirtschaftswoche 11 (1981), S. 36-41, hier S. 36.

Diese Lesarten und Deutungsschemata, wonach soziale Ungleichheit Triebfeder für das Funktionieren kapitalistischer Gesellschaften wäre,¹¹ sollten bundesdeutsche Beobachter des Sozialen nachhaltig beeinflussen und – zumindest in abgewandelter Form – auch im Osten Deutschlands rezipiert werden. Dass die hier wie dort sozialpolitischen und letztlich auch erinnerungskulturellen Praktiken im Zuge dessen geprägt wurden, erscheint so kaum verwunderlich.

Das Ergebnis des Spannungsverhältnisses zwischen Freiheit und Gleichheit zeigt sich jedoch nicht erst in den ausgehenden 1970er Jahren, sondern bereits in der Frühphase der Bundesrepublik, als die Grundpfeiler für die sozialmarktwirtschaftliche Ausrichtung gelegt wurden: Ordoliberaler Vertreter der „Freiburger Schule“ präferierten einerseits die Freiheit der Bürger auf dem Markt und schlussendlich eine klar antiegalitäre Stoßrichtung und vermuteten in einem gewissen Grad an Ungleichheit einen Stimulus wirtschaftlicher Dynamik (Eigenvorsorge statt Kollektivsorge, privat-individualisierte statt gesellschaftlich-solidarisierte Sozialpolitik). Die christliche Soziallehre bewegte sich andererseits zwischen (einem seinerzeit ohnehin sozialpolitisch disqualifizierten) umverteilendem Wohlfahrtsstaat sowie einem solchen radikalfreiheitlichen Minimalstaat (der mit dem ebenfalls problematischen Kapitalismusbegriff verbunden war). Stattdessen akzentuierte sie die Ideen der Solidarität und das bereits aus Weimarer Zeit bekannte Prinzip der Subsidiarität, die zentrale Bestandteile bundesdeutscher Sozialstaatlichkeit werden sollten: Solidarität im Falle der Erwerbsunfähigkeit bzw. -losigkeit auf der einen, klar markierte Grenzen des Sozialstaates durch Subsidiarität auf der anderen Seite und somit Schaffung von Angeboten für eine Hilfe zur Selbsthilfe und Eigeninitiative.¹² Derart unterschiedliche Vorstellungen erklären im Übrigen auch die Offenheit des Begriffs der „Sozialen Marktwirtschaft“.¹³

Blicken wir auf die SPD nach 1945, so waren nach dem Ende des Krieges die Erinnerungen an den Nationalsozialismus noch virulent; in Abgrenzung davon und vor dem Hintergrund des Kalten Krieges forderten Sozialdemokraten den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und betonten dementsprechend bei ihrem Einsatz für Demokratie und gegen Totalitarismus die Trias Einheit, Frieden und Freiheit.¹⁴ Gewissermaßen in Erweiterung dieser Überlegungen tauchten die Begriffe der sozialen Sicherheit

¹¹ Vgl. auch Gilder, George F.: Reichtum und Armut, Berlin 1981.

¹² Sachße, Christoph: Subsidiarität: Zur Karriere eines sozialpolitischen Ordnungsbegriffs, in: Zeitschrift für Sozialreform 40 (1994), S. 717-738; vgl. Ptak, Ralf: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004.

¹³ Vgl. Spoerer, Mark: Wohlstand für alle? Soziale Marktwirtschaft, in: Hertfelder, Thomas u. a. (Hgg.): Modell Deutschland: Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen, S. 28-43.

¹⁴ Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Dokumentation. Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit, Bonn 1954.

und Gerechtigkeit (wohl nicht zuletzt mit Blick auf dessen diskreditierten Charakter im Zuge zeitgenössischer Kommunismuskritik.¹⁵ nicht jedoch der Begriff Gleichheit) im Godesberger Programm gleich mehrfach auf, was die egalitäre Grundausrichtung sozialdemokratischer Politik unterstreichen und Unterschiede zur regierenden CDU oder zu den Liberalen konturieren sollte. Diese wollten anders als die SPD Forderungen nach gleicher Freiheit nicht auf alle Lebensbereiche ausdehnen: So wurde beispielsweise eine „gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung“ angestrebt, Chancengleichheit und solidarische Leistungsgerechtigkeit gefordert. Die SPD sprach von den gegebenen Voraussetzungen, den „Lebensstandard stärker als bisher zu erhöhen und die Not und das Elend zu beseitigen, die noch immer viele Menschen bedrücken“.¹⁶ Zwar knüpfte die Sozialdemokratie damit begrifflich und auch in der Erinnerung an die Prinzipien der Französischen Revolution an, wenngleich Gerechtigkeit als Präzisierung des traditionellen Gleichheitsbegriffs verstanden wurde und auf die Herstellung gleicher Freiheit (also die gleiche Freiheit in rechtsstaatlich-politischen Aspekten und eine Gleichwertigkeit der Start- und Lebenschancen) zielte.¹⁷

Mit dem Programm von 1959 war der Übergang von der Klassen- zur (linken) Volkspartei vollzogen, nachdem man registriert hatte, dass die Überwindung des Kapitalismus und korrespondierende Forderungen nach Gleichheitsherstellung keine Wählermehrheiten zu generieren vermochten. Das Ergebnis war neben dem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft letztlich ein wohlfahrtsstaatlich-keynesianisch gesteuerter Kapitalismus als Grundpfeiler künftiger sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik mit einer charakteristischen Verschränkung aus Umverteilung und Konjunkturpolitik, getreu dem Motto: So viel Wettbewerb wie möglich, so wenig Planung wie nötig. Mit der sozialen Demokratie sollte sich das Versprechen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Teilhabe für alle, der Angleichung (nicht zwangsläufig Gleichheit) der Lebensverhältnisse, Aufstiegsversprechen und expansive Bildungspolitik verbinden – dies waren die wegweisenden gesellschaftspolitischen Leitlinien. Erinnerungskulturell greifbar wurde dieser Anspruch unmittelbar: Anlässlich des Gedenken zu 100 Jahren Sozialdemokratie wurde im Jahr 1963 an die Befreiung des arbeitenden Menschen erinnert, zudem wurde gemäß der Richtlinien des Godesberger Programms die gegenseitige Bedingtheit von Freiheit und Gerechtigkeit hervorgehoben, wobei beide Begriffe

¹⁵ Möller, Horst: Das Kommunismusbild in der alten Bundesrepublik zwischen Kaltem Krieg und Entspannungspolitik, in: März, Peter u. a. (Hgg.): Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur, Köln u. a. 2006, S. 18-31.

¹⁶ SPD (Hgg.): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, Bonn 1959, S. 142, S. 226.

¹⁷ Meyer, Thomas: Grundwerte und Praxis. Braucht die SPD neue Grundwerte, in: Neue Gesellschaft 33 (1981), 9, S. 829-835.

nach Willi Eichler, Mitglied im Parteivorstand und maßgeblich an Entwurf und theoretischer Konzeption des neuen Parteiprogramms beteiligt, durch den Kapitalismus diskreditiert worden seien: „Freiheit und Gleichheit erschienen [...] vielen Sozialisten als Schlachtruf des Bürgers, seine Freiheit und seine Gleichheit zu erkämpfen – während die Arbeiterschaft mit solchen Werten nur betrogen werden sollte.“¹⁸

Insgesamt zeigen diese Vorüberlegungen, inwiefern das (Nicht-)Sprechen über soziale Gleichheit seit jeher zentrale Konfliktdimension im bundesdeutschen Parteiensystem war und sich die angedachte Rolle des Sozialstaates stets im spannungsreichen Koordinatensystem zwischen Freiheit und Gleichheit bewegte. Soziale Gleichheit wurde intellektuell und parteipolitisch weniger als Ist-Zustand, sondern als ein – wahlweise in Teilen erstrebenswerter oder zu retardierender – dynamischer Prozess verstanden. Die Frage wäre nun, wann soziale Ungleichheiten von welchen Akteuren und mit welchen erinnerungsrelevanten Verweisen als „korrekturbedürftig“¹⁹ identifiziert worden sind. Mit diesem Zugriff wird ein wichtiges Problemfeld für die zeithistorische Forschung angesprochen, da soziale Ungleichheit konstitutives Moment jeder Gesellschaft und „Gleichheit“ als Anspruch und Forderung immer auch mit einem gewissen Utopismus aufgeladen war.²⁰ Es ist zweifellos lohnenswert, die unterschiedlichen Reaktionen auf solche Forderungen genauer zu besehen. Wenn davon ausgehend im Folgenden „soziale Ungleichheit als Leitkategorie zeithistorischer Gesellschaftsanalyse“²¹ im Spiegel der „Erinnerungshaushalte“ profiliert wird, können sozial- bzw. wohlfahrtsstaatliche Entwicklungen aus der Perspektive einer deutsch-deutschen Geschichte der Gleichheitsvorstellungen behandelt werden. Die konkurrierenden Leitbilder sozialer Gerechtigkeit, unterschiedliche Prinzipien der Sozialpolitikgestaltung, abweichende Reformmodelle und Zukunftsszenarien versprechen kontroverse inner- wie zwischenstaatliche Aushandlungskämpfe und Einblicke in die wichtigsten erinnerungskulturellen Referenzen und Dynamiken.

¹⁸ Eichler, Willi: Hundert Jahre Sozialdemokratie, Bonn 1963, S. 81.

¹⁹ Nußberger: Gleichheit, S. 341.

²⁰ Mergel, Thomas: Gleichheit und Ungleichheit als zeithistorisches und soziologisches Problem, in: Zeithistorische Forschungen 10 (2013), 2, S. 307-320.

²¹ Süß, Winfried: Vom Rand in die Mitte der Gesellschaft. Armut als Problem der deutschen Sozialgeschichte 1961–1989, in: Becker, Ulrich u. a. (Hgg.): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart, Bonn 2010, S. 123-139, hier S. 139.

Akteure, Praktiken, (retrospektive) Deutungen: Produzent_innen und Erzeuger_innen von ‚Gleichheit‘ vor 1989/90 und Konjunkturen von Erinnerungsmustern

Bundesrepublik Deutschland

Der Mythos „Währungsreform“, der gemeinsam mit Begriffen wie „Wirtschaftswunder“, „D-Mark“ und „Soziale Marktwirtschaft“ erinnerungskulturelle Ankerpunkte in der Geschichte der Bundesrepublik bildet, half dabei, der Fiktion von gleichen Startbedingungen Bahn zu brechen. Demnach habe jeder Bundesbürger 40 DM besessen und formale Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen bestanden.²² Das Grundversprechen moderner Sozialstaatlichkeit war von Anfang an und wohl nicht zuletzt vor allem aufgrund der begrifflichen Vorbelastung und vor dem Hintergrund des Kalten Krieges weniger Gleichheit, sondern Sicherheit. Acht Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erinnerte die Bundesregierung an Vergangenes und nutzte die (Über-)Betonung sozialer Sicherheit in geschickter Manier zur affirmativen Rückbesinnung und somit Werbung in eigener Sache.²³ Diese Fokussierung hatte auch mit der dramatischen Umbruchserfahrung der „Zusammenbruchsgesellschaft“ (Christoph Kleßmann) und dem notorischen Unsicherheitsempfinden nach 1945 zu tun.²⁴

Die sich hieraus entwickelnden frühen Maßnahmen sind immer im „Zusammenhang des Ziels sozialer Befriedigung“²⁵ und somit einer umfassenden „Versicherheitlichung“ des Sozialen zu interpretieren. Hierdurch sowie durch das Etablieren eines sozialpolitischen Konsensus²⁶ wurden Erinne-

²² Engelmann, Bernd: *Wie wir wurden, was wir sind. Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur unbedingten Wiederbewaffnung*, München 1982, S. 170. Vgl. die medialen Berichte im Jahr 2018 sowie Sudrow, Anne: *Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948*, in: *APuZ* 68 (2018), 27, S. 11-16.

²³ *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hgg.): Acht Jahre danach... Soziale Sicherung für alle*, Bonn 1953.

²⁴ Hockerts, Hans Günter: *Soziale Ungleichheit im Sozialstaat*, in: ders.: *Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945*, Göttingen 2011, S. 285-293, hier S. 286.

²⁵ Buhr, Petra u. a.: *Armutspolitik und Sozialhilfe in vier Jahrzehnten*, in: Blanke, Bernhard (Hg.): *Die alte Bundesrepublik: Kontinuität und Wandel*, Opladen 1991, S. 502-546, hier S. 507.

²⁶ Hartwich, Hans-Hermann: *Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo*, Köln u. a. 1970.

nungsmuster maßgeblich vorstrukturiert. Im Mittelpunkt stand bei solchen Bemühungen die arbeitende und ältere Bevölkerung, die auch als Wähler-schichten relevant waren. Nicht nur anhand der Regierungserklärung Adenauers aus dem Jahr 1953 lassen sich die gängigen Gleichheitskonzepte ablesen, die von Gleichheit der Startvoraussetzungen nach Kriegsende ausging, die es individuell zu nutzen galt.²⁷ Verschiedene sozialpolitisch revolutionäre Maßnahmen – insbesondere die post festum als „größte Sozialreform“²⁸ bezeichnete Einführung der dynamischen Altersrente 1957 und ihre sodann erinnerungskulturell von CDU wie SPD²⁹ perpetuierte Bedeutung, die wohl auch Ergebnis des großen zeitgenössischen Vermarktungsaufwandes war, um Mängel und Defizite zu überspielen³⁰ – können kaum losgelöst von deutschlandpolitischen Konstellationen betrachtet werden. Maßnahmen wie diese sollten nicht nur innenpolitische Zweifler überzeugen, sondern auch gen Osten ausstrahlen. Einzelne soziopolitische Neuerungen beabsichtigten jeweils nicht zuletzt auch immer, die Überlegenheit des demokratisch-kapitalistischen Systems gegenüber dem Sozialismus zu demonstrieren, wobei sich deren Legitimität nicht allein aus der Erinnerung ergab, sondern eben auch in der Erarbeitung trag- und zukunftsfähiger Gesellschaftspolitik erzeugt wurde. Denn Sozialpolitik in jenen Jahren war immer auch Ideologie- und somit immer auch erinnerungskulturell aufgeladene Symbolpolitik; die Überwindung überkommener Ungleichheit zunächst im abstrakten, letztlich immer auch im gesellschaftspolitischen Sinn (das „gute“ Deutschland mit der abweichenden geschichtlichen Zuordnung) war den jeweiligen Regierungsverantwortlichen stets Spiegel und Gradmesser für Freiheit, Gerechtigkeit und ein sozial wie ökonomisch besseres Leben. Sozialpolitik innerhalb des Systemwettkampfes galt als Maßstab hinsichtlich der Frage,

²⁷ Regierungserklärung Konrad Adenauers vom 20. Oktober 1953: Abgegeben vor dem Deutschen Bundestag, Bonn 1953, S. 3.

²⁸ Weiß, Peter: Fünfzig Jahre dynamische Rente. Zur größten Sozialreform in Deutschland, in: Die politische Meinung 52 (2007), 449, S. 47f.

²⁹ Vogel, Hans-Jochen: Dem Sozialstaatsgebot verpflichtet. Der Beitrag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Sozialpolitik in der Bundesrepublik, in: Blüm, Norbert u. a. (Hgg.): 40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1989, S. 161-168, hier S. 164.

³⁰ Vgl. Hilpert, Dagmar: Wohlfahrtsstaat der Mittelschichten? Sozialpolitik und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1975), Göttingen 2012, S. 108; siehe bspw. Kaltenstein, Jens: 60 Jahre „Große Rentenreform“ von 1957 – Rückblick auf eine systemprägende „Jahrhundert-Reform“, in: Neue Zeitschrift für Sozialrecht 26 (2017), 1, S. 1-7; Köhler-Rama, Tim: „... Beitrag und Leistung wieder in ein gerechtes Verhältnis bringen“ – 50 Jahre Rentenreform 1957, in: RV aktuell 54 (2007), 1/2, S.13-18; Clausing, Peter: 30 Jahre dynamische Rente – Bilanz und Ausblick, in: Die Angestellten-Versicherung 34 (1987), 2, S. 69-74; Rauschenbach, Fritz: 25 Jahre dynamische Rente, in: Die Angestellten-Versicherung 29 (1982), 1, S.1-7; Müller, Josef Heinz: Zwanzig Jahre dynamische Rente. Eine Bilanz mit aktuellem Bezug, in: Herder-Korrespondenz 31 (1977), 4, S. 177-182; vgl. bereits zeitgenössisch die Umfrageergebnisse in: Institut für Demoskopie Allensbach: 10 Jahre Rentenreform. Die Meinung der Versicherten 1958 bis 1968, Allensbach 1968.

welches der beiden Systeme den wirksamsten Beitrag zur Lösung drängender Zeitfragen leisten und dabei die günstigeren gesellschaftlichen Bedingungen für die Entfaltung der Menschen offerieren würde.

Diese besondere Situation, die zumal unter dem Eindruck des deutschen „Wirtschaftswunders“ und dem wirkmächtigen, nach innen wie außen ausstrahlendem Label „Wohlstand für alle“³¹ stand, begründet auch den Erfolg sozialwissenschaftlicher, „gleichheitsrelevanter“ Großentwürfe jener Jahre. Vermeintlich auf soziale Nivellierung und das Aufgehen der Bevölkerungsmehrheit in einer einzigen Gesellschaftsschicht abzielende Gesellschaftsbilder („Klassengesellschaft im Schmelztiegel“³² und „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“³³) stehen erstens für die um sich greifende Sehnsucht nach einer entdifferenzierten Gesellschaft und knüpften in ihrer sozialharmonisierenden Ausrichtung wohl kaum zufällig an vergangene „Gemeinschafts“-Konzeptionen an. Zweitens repräsentieren sie (zeitgenössisch wie in der Erinnerung) einen deutlichen Kontrast zu „ungleicheren“ Gesellschaftsimaginationen. Sowohl mit Blick auf die Vergangenheit – hier wurde vor allem die Zwischenkriegszeit und noch genauer: die Spätphase der Weimarer Republik als soziales Negativbild bemüht – als auch auf das ostdeutsche Pendant lässt sich dabei eine Besonderheit im gesellschaftlichen Umgang mit bestehender sozialer Ungleichheit ablesen, der maßgebend auch späteres Sprechen hierüber präeterminieren sollte. Zahlreiche Autoren und Politiker glaubten nämlich, das Ende der sozialen Ungleichheit sei erreicht, und waren überzeugt, der Sozialstaat sei derart leistungsfähig, dass niemand Not leiden müsse bzw. diese Not prinzipiell überwunden werden könne. Gewissermaßen als „Nebeneffekt“ wurde dadurch das Deutungsmuster einer Individualisierung von Schuld und Verantwortung befördert. „Das Versorgungsproblem der breitesten Schichten konnte gelöst werden“, lautete das retrospektive Urteil von Urteil von Müller-Armack im Jahr 1966, der erinnernd auf den Punkt brachte: „In dieser klassenlosen Gesellschaft ist nicht mehr Stand und Klasse das Problem, sondern der einzelne.“³⁴

³¹ Vgl. Wildt, Michael: Konsum und Politik in der Bundesrepublik, in: Haupt, Heinz-Gerhard u. a. (Hgg.): Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. u. a. 2009, S. 305-316, hier S. 309-312.

³² Vgl. Geiger, Theodor: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln u. a. 1949.

³³ Schelsky, Helmut: Gesellschaftlicher Wandel, in: Offene Welt XLI (1953), S. 64. Vgl. Nolte, Paul: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 318-351. Eine Fortsetzung fand dieses Denken in der prominenten „Bolte-Zwiebel“, die in den 1960er Jahren einen Zustand breiter Mittellagen popularisieren sollte: Bolte, Karl Martin u. a.: Soziale Schichtung, in: dies. (Hg.): Deutsche Gesellschaft im Wandel, 2. Auflage, Opladen 1967, S. 233-352, hier S. 316.

³⁴ Müller-Armack, Alfred: Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzungen durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik, in: ders.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg 1966, S. 267-291, hier S. 270f.

Vor dem Hintergrund des stetigen Ausbaus des Systems sozialer Sicherheit, von Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und steigenden Reallöhnen herrschte verbreiteter Optimismus, Gesellschaft aktiv steuern und soziale Probleme grundsätzlich und innerhalb absehbarer Zeit vollständig beherrschen zu können – weniger jedoch durch eine tatsächliche und von außen herbeigeführte Nivellierung sozialer Gegebenheiten, sondern eher durch eine individuelle Beteiligung am wirtschaftlichen Aufschwung und somit durch das Versprechen der Verwirklichung formaler Gleichheit. Armut und Ungleichheit als soziale Tatbestände galten auf diese Weise in der „Überflusgesellschaft“ als besiegbare, ihre Überwindung wurde von Zeitgenossen für die 1970er Jahre angenommen.³⁵

In der expansiven Phase des bundesdeutschen Sozialstaats ab den mittleren 1960er Jahren waren die wohlfahrtsstaatlichen Leitbilder vor allem Chancengleichheit und Teilhabe; ein Begriffspaar, das bereits in der zeitgenössischen Erinnerungsarbeit prominent hervorgehoben werden sollte. In seiner Regierungserklärung im Oktober 1969 versprach Willy Brandt, dass man sich nun und folglich anders als die Vorgängerregierungen besonders um diejenigen kümmern wollte, die „trotz Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung im Schatten leben müssen“.³⁶ Die nun auf Bundesebene regierende SPD stand im Glauben an eine politische Gestaltbarkeit ökonomischer und sozialer Verhältnisse, die auch in der Ansprache Brandts zum Jahreswechsel 1970/71 artikuliert wurde: „Geborgenheit im gesicherten Fortschritt“³⁷ lautete die Fortschrittsoptimismus und Sicherheitsdenken vereinende Maxime hier, die nunmehr und parallel zu massenmedialen „Entdeckungen“ verstärkt auf soziale Randgruppen ausgedehnt wurde. Dies sollte auf deren gesellschaftliche Marginalisierung, Chancenungleichheit und Stigmatisierung, die in den meisten Fällen auch mit materieller Not und/oder Sozialhilfebedürftigkeit korrespondierte, aufmerksam machen und schloss immer auch Erinnerungsformen an frühere, weitaus stärker exkludierende soziale Zustände an, was die eigene Sozialpolitik als progressiv konturieren sollte.³⁸

Die Sozialhilfeleistungen jedenfalls wurden vor dem Hintergrund dieser stark erinnerungskulturell argumentierenden Rhetorik deutlich ausgeweitet

³⁵ Lidy, Klaus: Definition und Messung der Armut, Heidelberg 1974, S. 170; Galbraith, Kenneth John: Gesellschaft im Überfluß, München u. a. 1959.

³⁶ Regierungserklärung von Willy Brandt am 28.10.1969, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/06/06005.pdf>, S. 29 [13.06.2019].

³⁷ Zit. nach Metzler, Gabriele: Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: HZ 275 (2002), S. 57-103, hier S. 101.

³⁸ Dies waren v. a. Obdachlose, Nichtsesshafte, Alkoholiker, Drogen- und Rauschmittelabhängige oder aus der Strafhaft Entlassene. Vgl. für den Zusammenhang zwischen öffentlich-massenmedialer „Entdeckung“ und „neuer“ Armutswahrnehmung: Lorke, Christoph: Die Inszenierung des (Un-)Würdigen. „Armut“ und Massenmedien im geteilten Deutschland (1949–1989), in: Ahrens, Jörg u. a. (Hgg.): Image. Zur Genealogie eines Kommunikationscodes der Massenmedien, Wiesbaden 2015, S. 271-293.

und der hilfeberechtigte Personenkreis vergrößert. Der vorherrschende Trend und die dahinterstehenden Gleichheitsüberlegungen waren geprägt von einer gezielten Inklusionsdynamik, wodurch das Leistungsniveau sozialer Sicherung erstmals deutlich das der Bedarfsgrenze des physischen Existenzminimums überstieg.³⁹ Soziale Gerechtigkeit und Sicherung sollte demnach und in Abkehr zu vorherigen Konzeptionen nicht allein nur in Notfällen greifen, sondern einen gewissen Lebensstandard auch für die sog. Wechselfälle des Lebens garantieren;⁴⁰ dieser (Selbst-)Anspruch aus wirtschaftlicher Sicherheit und sozialem Fortschritt sollte bereits zeitgenössisch in Zwischenbilanzen zur sozialliberalen Regierungstätigkeit stetig betont und dadurch popularisiert werden.⁴¹ Erinnerungsarbeit begann also bereits frühzeitig und unmittelbar an das Zeitgeschehen angeknüpft, wie auch eine Rede von Willy Brandt anlässlich des 20. Todestages von Kurt Schumacher 1972 belegt:

„Motiv und Quelle unserer Arbeit, unserer Kraft sind die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Sie haben uns zum Handeln zusammengeführt, und diese Grundwerte bestimmen morgen wie heute unsere Politik des Friedens, des Fortschritts, der Menschlichkeit.“⁴²

Die damit verbundenen Ziele sozialliberaler Gesellschaftspolitik auf Bundesebene (Teilhabe, Gleichheit der Lebenschancen, mehr Verteilungsgerechtigkeit) kamen vor allem Gruppen mit niedrigem Einkommen sowie gesellschaftlich Schwächeren zugute und sorgte dabei für gleichere Bedingungen, was wiederum in den Erinnerungsmustern an diese Politik dominiert.⁴³ Während etwa im Orientierungsrahmen '85 mit Blick auf jene Jahre vermerkt

³⁹ An konkreten sozialpolitischen Schritten zu nennen wären etwa das Bundesausbildungsförderungsgesetz (1971), eine umfassende Rentenreform (1972), die unter anderem eine Erhöhung der Mindestrente und Renten für Hausfrauen und höhere Kriegsoffizierrenten vorsah, ferner das Schwerbehinderten- und Rehabilitationsangleichungsgesetz (1974) sowie das Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter (1975). Siehe Lorenz, Einhart: Willy Brandt (1913–1992): Der SPD-Vorsitzende und Kanzler des internationalen Erfahrungshintergrunds, in: Brandt, Peter u. a. (Hgg.): Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich, Bonn 2017, S. 209–246.

⁴⁰ Ehmke, Horst: Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren, Reinbek b. H. 1969, S. 136; vgl. Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt: Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011.

⁴¹ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Aufbruch in die 70er Jahre. Regierung Brandt-Scheel. Bilanz der ersten zwei Jahre, Bonn 1971.

⁴² Brandt, Willy: Der Auftrag des demokratischen Sozialismus. Zum 20. Todestag von Kurt Schumacher, Bonn 1972, S. 33. Gewissermaßen parallel zu diesen Entwicklungen ist der Kampf für Frauenrechte als weiterer wichtiger Nebeneffekt damaliger Verschiebungen in den Gleichheitstopographien kaum zu vernachlässigen; dieser Aspekt kann hier aber nur angedeutet werden. Siehe hierfür: Munkel, Daniela (Hg.): Schwestern zur Sonne zur Gleichheit. Wegmarken der Geschichte der SPD-Frauenpolitik, München 2013.

⁴³ Vgl. nur Schmidt, Helmut: Zehn Jahre vernünftige Politik. Die sozial-liberale Koalition – ein Bündnis der Hoffnung, in: Die Zeit, 19.10.1979; Dönhoff, Gräfin Marion: Sie regierten uns

wurde, „reale Freiheit und Gleichheit der Menschen“ seien „zum erstenmal in der menschlichen Geschichte möglich geworden“,⁴⁴ hob der damalige Vorsitzende der SPD Hans-Jochen Vogel noch 1989, an die einzelnen gesetzgeberischen Maßnahmen erinnernd, jene Etappe als „Zeit eindrucksvoller innerer Reformen“ hervor, die eine „neue und bessere Ordnung der Gesellschaft“ verwirklicht hätten.⁴⁵ Diese immense Inklusion, Leistungserhöhungen und die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten wollten offenbar gezielt Versäumnisse der Vorgängerregierungen ausräumen.

Gleichwohl war dieses sozialpolitische Langzeithoch nur dank hinreichender Wachstumsraten möglich. Die Sozialleistungsquote erreichte 1975 ihren Höchststand; das Sozialbudget betrug zu dieser Zeit ein Drittel des BIP und erreichte damit eine Rekordmarke.⁴⁶ Recht abrupt endete dann (nicht nur) in der Bundesrepublik die „Blütezeit des Wohlfahrtsstaates“ (Hartmut Kaelble). Auch die Konflikte um den Wohlfahrtsstaat wurden just seit dieser Zeit schärfer. Die Bundesregierung fühlte sich nun zu Kürzungen, einer Haushaltskonsolidierung und Einsparungen bei der Arbeitsmarktpolitik veranlasst.⁴⁷ Spätestens mit der zweiten „Ölkrise“ in den frühen 1980er Jahren erwachten die Westdeutschen aus ihrem „kurze[n] Traum immerwährender Prosperität“ (Burkart Lutz), womit auch die Hoffnungen der Väter und Mütter des BSHG zunichtegemacht waren, Sozialhilfe sei nur für außergewöhnliche, individuelle Notlagen zuständig.

Frisch etablierte Gleichheitsvorstellungen standen im Lichte des zusehenden Verlustes keynesianischer Steuerungsfähigkeit und im Angesicht der „Grenzen des Wachstums“⁴⁸ fortan stärker als zuvor auf dem Prüfstand. Umbau (des Sozialstaates als Ganzes), Unsicherheit (etwa der Renten), Unter-/Übersorgung (bei den Sozialleistungen): Gerade von (liberal-)konservativer Seite mehrte sich Kritik an Idee und Wirklichkeit des bundesdeutschen Sozialstaates und abermals an Dialektik und Widersprüchen zwischen Freiheit und Gleichheit.⁴⁹ Die Parole „Freiheit statt Sozialismus“ der CDU im Bundestagswahlkampf 1976 ist ganz prominent in dieser Reihe zu nennen, da

13 Jahre: Willy Brandt und Helmut Schmidt, in: Die Zeit, 23.12.1988; Schmollinger, Horst W. u. a.: Zwischenbilanz: 10 Jahre sozialliberale Politik 1969–1979. Anspruch und Wirklichkeit, Hannover 1980; Münkel: Schwestern.

⁴⁴ Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985: In der vom Mannheimer Parteitag der SPD am 14. November 1975 beschlossenen Fassung, Bonn 1975, S. 13f.

⁴⁵ Vogel, Sozialstaatsgebot, S. 164f.

⁴⁶ Hockerts, Hans Günter: Im Zenit der staatlichen Wohlfahrtsproduktion: Die Reformära 1966–1974, in: ders.: Sozialstaat, S. 181–201; vgl. Walter, Franz: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Frankfurt a. M. 2010.

⁴⁷ Faulenbach: Jahrzehnt, S. 575–582.

⁴⁸ Meadows, Dennis L. u. a.: The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York 1972.

⁴⁹ Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft (Hgg.): Revolution der Gleichheit – Ende oder Beginn der Freiheit?, Hamburg 1974; vgl. Grebing, Helga:

sie in mancherlei Hinsicht einen Überdruß an linken Gesellschaftsentwürfen repräsentierte und ein Gegennarrativ zu den zuvor etablierten Erinnerungsmodi zu etablieren suchte: Mehr Markt und weniger sozialstaatliche Daseinsvorsorge würden die aufkommenden Probleme lösen können, argumentierten Verfechter dieses Ansatzes. Mitunter wurden das sozialliberale Gleichheitsbestreben und der vermeintliche Gleichheitswahn gar mittels heftiger Verbrämung der erfolgten Sozialpolitik zurückgewiesen.⁵⁰ Das damalige Reden von „Anspruchsinflation“ und einem leistungsfeindlichen Sozialstaat, die einen „Wertewandel“ hervorgerufen und damit eine Überforderung staatlicher Leistungen befördert hätten, fügt sich in dieses Bild. Sozialstaatlichkeit und die erfolgte Verwirklichung von Gerechtigkeitsideen galten nicht wenigen als überflüssiger Luxus, welchen sich die Bundesrepublik angesichts der Krisensymptome schlicht nicht mehr habe leisten können.⁵¹

Dies bildet den Hintergrund für die zeitgleich um sich greifenden „Unregierbarkeits“-Debatten in den 1970er Jahren, die über das grundsätzliche Verhältnis von Staat und Gesellschaft geführt wurden. Diese zielte auch auf den Wohlfahrtsstaat, der, so die Implikation, bei den Bürgern immer größere Erwartungen schürte. Auch hier funktionierte eine tagespolitisch strukturierte und stark gegenwartsorientierte Erinnerungsarbeit ex negativo und versuchte, Zustimmung durch gezielte Diskreditierung des sozialpolitisch Vergangenen zu generieren, wonach die „Überdehnung demokratischer Partizipation“ letztlich zu einer Überforderung des (Sozial-)Staates führe.⁵² Eines der bekanntesten Beispiele für diesen Paradigmenwechsel ist wohl die „Neue Soziale Frage“, die weniger mit ihrem intellektuellen Vordenker Kurt Biedenkopf, sondern vielmehr mit dem damaligen rheinland-pfälzischen Sozialminister Heiner Geißler identifiziert wurde und konservative gesellschaftspolitische Gerechtigkeitsbestrebungen (Rekultivierung der Familienpolitik, mehr Selbsthilfe und Eigeninitiative, weniger Staat) zurück in das Bewusstsein der Bevölkerung und somit retrospektiv wie auch prospektiv affirmieren wollte. Derartige sozialkonservative Überlegungen wurden in direkter Abgrenzung zum sozialdemokratischen Politikstil artikuliert, vereinten die (erinnerungsspezifisch überkommene wie politisch akute) Kritik an einer Überlastung gesellschaftlicher Systeme und den vermuteten Folgen unkontrollierbarer Verwaltungskosten. Dabei betrachtet dieser Ansatz die Grundwerte einer freiheitlichen Politik (Solidarität, Subsidiarität, Gleichheit und Gerechtigkeit)

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007, S. 211f.

⁵⁰ Schoeck, Helmut: Das Recht auf Ungleichheit, München u. a. 1979.

⁵¹ Klages, Helmut: Überlasteter Staat – verdrossene Bürger. Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Frankfurt a. M. u. a. 1981.

⁵² Schäfer, Armin: Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie, in: der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management (dms) 2 (2009), 1, S. 159-183, hier S. 160-163, Zitat S. 160.

als gleichwertig, wobei eine Chancengleichheit und die Anerkennung unterschiedlicher Leistungen gegenüber einer Ergebnisgleichheit bevorzugt wurde.⁵³ Geißlers zentrale Aussage, in der Bundesrepublik lebten obgleich aller Investitionen und immenser Sozialstaatexpansion 6 Millionen Menschen in Armut, ließ aufhorchen und brach jäh mit dem bisherigen Erinnerungskonsens bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte, die Existenz jener Problemlagen in absehbarer Zeit effektiv bekämpfen zu können.

Diese Hinweise auf fragile sozialstaatliche Arrangements und dräuende Gleichheitsdefizite bargen einiges an Irritationspotential und kreisten um die Frage, wie soziale Sicherung angesichts veränderter Bedingungen (alternde Gesellschaft, veränderte Geschlechterrollen, fortschreitende Internationalisierung der Arbeitswelt usw.) zu organisieren sei. Die regierende SPD hielt dem auch erinnerungspolitisch entgegen: Während CDU/CSU seit 15 Jahren von den „Grenzen des Sozialstaates“ gesprochen hatten, betonten führende Sozialdemokraten die Sicherung und Festigung des sozialen Netzes und verwiesen auf das über 100-jährige Bekenntnis zu den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Akzentuiert wurden – wie im Regierungsprogramm 1976 – die seit 1969 „beispielhaften Erfolge“, weshalb die bundesdeutsche soziale Ordnung „einzigartig in der Welt“ sei.⁵⁴ In eine ähnliche Richtung argumentierte Willy Brandt, der anlässlich der Auseinandersetzung um die Begriffe Sozialismus und Gleichheit im besagten Bundestagswahlkampf ein gutes halbes Jahr vor der eigentlichen Wahl in einer Rede in Tutzing mit Blick auf Begriffliches nicht nur den „Mißbrauch“ monierte, „der unter dem Namen Sozialismus betrieben wird“, sondern außerdem vor der „demagogische[n] Versuchung“ des Begriffs Gleichheit warnte – würde dieser doch von konservativer Gegenseite gern als bloße „Gleichmacherei“ herabgewürdigt. Dieser Begriff bedeute jedoch nicht, „jedem das Gleiche“, hielt er damals fest, sondern vielmehr „Jedem das Seine. Also das, worin er seine bestmögliche Entfaltung findet.“ Ferner versuchte der frühere Bundeskanzler deutlich herauszustellen, auch um erinnerungspolitisch keine Zweifel zu lassen:

⁵³ Biedenkopf, Kurt H.: Fortschritt in Freiheit. Umriss einer politischen Strategie, München 1974; vgl. auch u. a. Blüm, Norbert: Christlich-sozial: Dazwischen!, in: Schönbohm, Wulf u. a. (Hgg.): CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen, München/Wien 1981, S. 11-16.

⁵⁴ Vorstand der SPD: Regierungsprogramm 1976–1980. Beschluß des Außerordentlichen Parteitag in Dortmund, 18./19. Juni 1976, Bonn 1976, S. 21.

„Es ist kein Zufall, daß die Gleichheit von der SPD nicht als Grundwert des demokratischen Sozialismus förmlich aufgezählt wird. Schwierigkeiten der Definition haben uns davon Abstand nehmen lassen. Aber gewiß ist gesellschaftliche Gleichheit insofern gerechtfertigt und notwendig, als sie zur Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Leben der Menschen beiträgt.“⁵⁵

Probleme der Verwirklichung seien dabei, „für jeden Menschen in gleicher Weise die gesellschaftlichen Bindungen für seine freie, individuelle Entwicklung zu schaffen“, was jedoch mehr sei „als bloße Chancengleichheit im Sinne gleichgezogener Startlöcher, ab denen dann wiederum das Ellbogenprinzip gelten soll.“ In diesem Sinne verstand der SPD-Vorsitzende „Gleichheit“ als Beseitigung der Ungleichheit gesellschaftlicher Lebensbedingungen und zielte somit weniger auf eine Gleichförmigkeit, sondern auf die Gleichrangigkeit der Menschen, eine Gleichheit nicht nur der Start-, sondern der Lebenschancen. Aussagen wie diese und viele vergleichbare strukturierten die positiven Erinnerungsrahmen insbesondere hinsichtlich der sozialpolitischen Maßnahmen der sozialliberalen Bundesregierung. Eine eigens installierte Kommission beim SPD-Parteivorstand erkannte „Grundwerte in einer gefährdeten Welt“, der man verschiedene, auf Solidarität abhebende Maßnahmen entgegensetzen wollte.⁵⁶ Andere Sozialdemokraten erinnerten an die durch sozialdemokratische Politik erzielten sozialen Errungenschaften, nachdem die „ausbeuterischen Züge des Kapitalismus“ in der Bundesrepublik überwunden worden seien: Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen Friedhelm Farthmann betonte in einem Vorwort zu der Wiederauflage einer sozialkritischen Reportage des Jahres 1931 selbstbewusst die „fortschrittliche Sozialpolitik seit Beginn der 1970er Jahre“, wodurch – so der Schluss aus dem historischen Vergleich – ein ähnliches Elend wie aus der finalen Phase der Weimarer Republik habe abgewendet werden können, während die Freiheit der Arbeitnehmer garantiert sei.⁵⁷

Inwiefern die Krisenjahre der frühen 1930er Jahre wichtiger Referenz- und Erinnerungshorizont waren, darauf weisen die Entwicklungen seit dem Regierungswechsel 1982. Der unter dem Rubrum „Operation ‘82“ zu beobachtende Sparkurs führte nebst anderen Einschnitten zu einer Beschnei-

⁵⁵ Hier und im Folgenden: Vorstand der SPD: Theorie und Grundwerte. Freiheit oder Sozialismus? Rede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing am 7. März 1976, Düsseldorf 1976, S. 5; 12f.

⁵⁶ Wie u. a. eine gerechtere Verteilung der Einkommen, den gleichen Lohn für Frauen für gleiche Arbeit, eine Grundrente, die über Sätzen der Sozialhilfe liegt, oder Arbeitszeitverkürzungen als solidarisches Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand (Hgg.): Grundwerte in einer gefährdeten Welt, Bonn 1977.

⁵⁷ Farthmann, Friedhelm: Einführung, in: Stenbock-Fermor, Alexander Graf: Deutschland von unten. Reisen durch die proletarische Provinz 1930, Luzern u. a. 1980 [1931], S. 6-11.

derung des Arbeitslosengeldes und einer Erhöhung der Anwartschaft (Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz 1982), schließlich zu einer Verkürzung der Bezugsdauer (Haushaltsbegleitgesetz 1983) und einer Senkung der Sozialhilfesätze (Haushaltsbegleitgesetz 1984). Diese von einem Ansteigen der Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent (1980) auf 7,9 Prozent (1989) flankierten Dynamiken führten zu heftigen Kontroversen und Widerspruch auf Seiten der Opposition: Arbeitslosigkeit und ihre Folgen (v.a. Sozialhilfebezug und Armut) wurden zum herausragenden soziopolitischen Thema der 1980er Jahre.⁵⁸

Ungleichheitsdiagnosen nahmen dabei verschiedene Gestalt an. Verwiesen die einen mit Verweis auf „glücklichere“ Jahre auf das Entstehen einer zunehmend gespaltenen „Zweidrittelgesellschaft“, was anzudeuten versucht, dass die Gesellschaft strukturell in zwei Teile gespalten (ein Teil der Bevölkerung, der am gesellschaftlichen Wohlstand partizipierte, der andere, der hiervon ausgeschlossen war) und dadurch das Prinzip der Chancengleichheit außer Kraft gesetzt sei,⁵⁹ interpretierten andere Ausgrenzung und Verarmung als „Ergebnis von Politik und Ideologie des Neokonservatismus“ und direkte Folgen einer Privatisierung bzw. Entkollektivierung sozialer Notlagen.⁶⁰ Besonders populär in der bundesdeutschen Öffentlichkeit war die Formel einer „Neuen Armut“, die einem Großteil ihres Erfolgs sicherlich ihren historischen Vergleichen verdankte. Insbesondere der DGB, dessen vorrangiges innenpolitisches Ziel ohnehin die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit war, tat sich dabei hervor, indem er unablässig die „Kahlschlag-Politik“ für die Produktion neuer Armut (insbesondere unter Arbeiter_innen) verantwortlich machte und dabei den auch den Vergleich mit der finalen Phase der Weimarer Republik nicht scheute.⁶¹ Gleichzeitig wurde die „Neue Soziale Frage“ ihrerseits wichtige Erinnerungsreferenz und damit Impulsgeberin für eine breite öffentliche und (sozial-)wissenschaftliche Diskussion, die sich an der konstatierten ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums abarbeitete.⁶² Jene frischen Erinnerungen an Gleichheitsüberlegungen der

⁵⁸ Nachtwey, Oliver: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009, S. 160-162. Die Staatsquote unter der Regierung Kohl sank von über 50 Prozent 1982 auf einen Tiefstand von 45,8 Prozent im Jahr 1989, zudem verringerte sich die Sozialleistungsquote von 33 Prozent 1982 auf 29 Prozent 1990. Hockerts, Hans Günter: Vom Problemlöser zum Problemerzeuger. Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: ders.: Sozialstaat, S. 325-358, hier S. 355.

⁵⁹ Glotz, Peter: Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1984. Auch die Rede von einer „Drei-Viertel-Gesellschaft“ erfreute sich einer gewissen Beliebtheit; vgl. hierfür Leibfried, Stephan u. a. (Hgg.): Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt a. M. 1985.

⁶⁰ Bäcker, Gerhard: Ausgrenzung und Verarmung als Ergebnis von Politik und Ideologie des Neokonservatismus, in: Soziale Sicherheit 5 (1985), S. 129-137.

⁶¹ DGB: Wir nähern uns den Verhältnissen von Weimar, in: Die Welt, 30.11.1983; Gillies, Peter: Der DGB, die Armut und der kühne Vergleich mit Weimar, in: Die Welt, 01.12.1983.

⁶² Vgl. Geyer, Martin H.: Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er-Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: AfS 47 (2007), S. 1-48.

nun auf Bundesebene regierenden CDU aufgreifend, dienten Abstiegsszenarien und die vermeintlich systematische Ausgrenzung von Erwerbslosen aus dem staatlichen Unterstützungssystem als Argumente gegen eine „markradikale Krisenbewältigung“ und die Zurückdrängung solidarischer Sozialleistungen und Schutzrechte.⁶³

Vermittels zahlreicher Publikationen, Veranstaltungen und Demonstrationen wurde vor den vermuteten Folgen solcher Entwicklungen und letztlich davor gewarnt, dass soziale Gerechtigkeit als gesellschaftlicher Maßstab verdrängt werden könne: „Nicht die Hand, die hilft, sondern der Ellenbogen, der sich freie Bahn schafft, wird zur Verhaltensnorm“⁶⁴, lautete etwa der Aufruf des DGB anlässlich der Maikundgebung im Jahr 1988, womit in unverkennbarem Bezug auf frühere Zeiten ein Paradigmenwechsel diagnostiziert wurde. Sekundiert wurden solche Vorstöße von der SPD, die ebenfalls mit historischen Vergleichen zum Sozialabbau in Weimar argumentierte.⁶⁵ Die Sozialdemokratie versuchte auf diese Weise, ihren Platz in der Oppositionsrolle zu definieren und neue Profilierungsmöglichkeiten zu finden, und betonte dabei ihren Wunsch nach Erhalt eines sozialen Konsenses. So charakterisierte sich die Sozialdemokratie mit immer wieder eingestreuten Erinnerungsfragmenten als „Hüterin des Sozialstaats“, die sich für dessen Bewahrung, Weiterentwicklung und Ausbau einsetzte, um so den sozialen Frieden bewahren zu können.⁶⁶

Regierungsverantwortliche sahen sich durch solche durchaus provokanten Erinnerungs- und unmissverständlichen Angriffsmuster herausgefordert, vermuteten in der Formel „Neue Armut“ wiewohl nicht mehr als ein Schlagwort aus der „Klamottenkiste des Klassenkampfes“⁶⁷ bzw. gar den „größte[n] sozialdemagogische[n] Schwindel der SPD“⁶⁸. Der Leiter des Bonner Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Meinhard Miegel sah in affirmativer Manier und in historischer Retrospektive eine allenfalls relative Armut

⁶³ Vgl. nur als Beispiel DGB-Bundesvorstand (Hgg.): Die im Dunkeln sieht man nicht...Gewerkschaftliche Strategien gegen die „Neue Armut“, Essen 1985.

⁶⁴ Mai-Aufruf des DGB im Jahr 1988, zit. nach Schuster, Dieter: Zur Geschichte des 1. Mai in Deutschland, 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1991, S. 100.

⁶⁵ SPD: Ausgrenzung in die Neue Armut. Forum der SPD am 5.12.1984, Bonn 1985; SPD: Neue Armut in der Bundesrepublik. Gegen die Verharmlosung der individuellen und gesellschaftlichen Folgen von Arbeitslosigkeit, Bonn 1985; SPD: Die soziale Frage braucht neue soziale Bewegung. Neue Armut in der Bundesrepublik. Eine Arbeitshilfe, Bonn 1988.

⁶⁶ Nawrat, Sebastian: Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012, S. 71.

⁶⁷ Leserbrief von Horst Seehofer: Neue Armut?, in: Die Welt, 26.04.1985.

⁶⁸ Heiner Geißler auf dem CDU-Parteitag, 20.03.1985. Hierfür sowie zu den damaligen rhetorischen und kommunikativen Besonderheiten vgl. Lorke, Christoph: Die Debatte über „Neue Armut“ in der Bundesrepublik. Konstruktion einer Kampagne und Strategien ihrer Zurückweisung (1983–1987), in: ZfG 63 (2015), 6, S. 552-571.

von maximal 4 Prozent der Gesamtbevölkerung, die es jedoch „vor dem Hintergrund einer äußerst wohlhabenden Gesellschaft“⁶⁹ nicht zu dramatisieren gelte. Die vonseiten der Opposition angeklagte Ungleichheit wurde mittels solcher Lesarten in zweierlei Hinsicht zurückgewiesen: zum einen durch einen Vergleich mit der eigenen Geschichte, zum anderen mit Blick auf internationale Maßstäbe. Das Ergebnis dieser erinnerungspolitisch argumentierenden Entgegnung schien eindeutig: Das letztlich aus Miegels Sicht „überwältigende“ Resultat einer positiven Einkommens- und Vermögensentwicklung in den vergangenen drei Jahrzehnten führe zum Befund „Massenwohlstand“ statt „Armut“, was schlechterdings eine „verkannte Revolution“ gewesen sei.⁷⁰

DDR

Wenden wir uns der DDR zu, so lassen sich hier andere Rhythmen in den Erinnerungsformen zu sozialer Gleichheit konstatieren – trotz oder gerade wegen einer ungleich stärker ideologischen begrifflich-rhetorischen Ausrichtung in Propagandapraktik und Erinnerungsarbeit des „Arbeiter- und Bauernstaates“: Nach marxistisch-leninistischer Interpretation wären Armut und soziale Ungleichheit eindeutig gesellschaftlich bedingt und somit „Überbleibsel“ des kapitalistischen Gesellschaftssystems, die nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung überwunden werden könnten. Verband sich die Vorstellung sozialer Gleichheit im Sinne der Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ (Karl Marx) mit der Vision einer klassenlosen Gesellschaft, so sollten Abschaffung des Privateigentums und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eine homogene Gemeinschaft etablieren. Soziale Gleichheit und Gerechtigkeit sollten Jahrhunderte kapitalistisch-bürgerlicher Ausbeutung und Unterdrückung ablösen.

Diese grundsätzlichen ideologischen Vorbedingungen sind zentral, wenn man die Folgen des gigantischen Sozialexperiments einer „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ nach 1945 hinsichtlich ihrer Erinnerungsmodi untersuchen möchte. Diese Postulate repräsentierten loyalitätsstiftende Versprechen, wobei „Gleichheit“ in der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ maximale Chancengleichheit meinte, was freilich trotz einer vergleichsweise niedrigen Differenz zwischen dem größten und dem niedrigsten Einkommen

⁶⁹ Miegel, Meinhard: Die verkannte Revolution (1). Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte, Stuttgart 1983, S. 129.

⁷⁰ Miegel, Meinhard: „Neue Armut“: Regierung und die Tarifparteien tragen schwere Verantwortung für die Reform des Arbeitsmarktes, in: Das Handelsblatt, 30.11.1984. Vgl. in ähnlichem Duktus bereits Gillies, DGB.

nicht zwangsläufig auch Lohn- und Versorgungsgleichheit bedeutete. Stattdessen verlagerte sich Ungleichheit in der DDR von materiellem Besitz hin zu (teils extrem) ungleich verteilten Chancen bezogen auf die Verwirklichung von Lebenszielen, und zwar zuvörderst bei Prestige sowie Zugangschancen zu Macht und Bildung.⁷¹ Ungeachtet dieser Besonderheiten war die Bezugnahme und Zurschaustellung der sozialistischen Errungenschaften in Punkto Gleichheitsversprechen von Anfang an inhärenter, wenn auch oft stark abstrakter Bestandteil des immerwährenden Systemvergleichs. Kaum überraschend wurde vor dem Hintergrund des Arbeiteraufstandes von 1953 und somit während der mitnichten reibungslosen Formierungsphase die Erinnerung an Clara Zetkin und andere historische Persönlichkeiten wachgehalten, in ihrem Fall als Vorkämpferin gegen Ausbeutung der Arbeiterklasse.⁷² Anlässlich von zehn Jahren Sozialfürsorge, um ein anderes Beispiel zu nennen, konnte die Leiterin der Hauptabteilung Sozialwesen im Ministerium für Gesundheitswesen Käthe Kern in ihrem historischen Rückblick auf die bis dato erzielten Errungenschaften stolz verkünden, dass es im Gegensatz zu Westdeutschland in der DDR keinen Bettler mehr auf der Straße gebe und auch die „Furcht vor Krisen und Arbeitslosigkeit“, die in der Bundesrepublik „das Leben und die Existenz der Werktätigen immer wieder bedrohen“ würde, spiele östlich der Elbe keine Rolle mehr, was die „Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR gegenüber dem klerikal-militaristischen Bonner Obrigkeitsstaat unter Beweis“⁷³ stellen könne.

Die DDR als Garantin sozialer Gleichheitsversprechen: Nicht nur in diesen exemplarischen Aussagen, sondern auch in der gesamten DDR-Gesetzgebung wurde stets die Realisierung sozialer Egalität betont. Gleichheit galt als Grundwert der DDR und war in den Art. 19 und 20 der Verfassung von 1968 verankert. Das „Recht auf Arbeit“ (und ein existenzsicherndes Arbeitseinkommen) gehörte ebenfalls zu den sozialen Grundrechten (Art. 24), galt Zeitgenossen wie nachträglichen Deutern als „Prunkstück der Sozialpolitik“⁷⁴ und war wichtiges Fundament des Selbstverständnisses. In der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und im Systemwettkampf mit der Bundesrepublik war dies daher fortwährend bemühtes propagandistisches

⁷¹ Adler, Frank: Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus, in: Berliner Journal für Soziologie 1 (1991), S. 157-175; Diewald, Martin u. a.: Soziale Ungleichheiten in der DDR: Die feinen, aber deutlichen Unterschiede am Vorabend der Wende, in: Huinink, Johannes (Hg.): Kollektiv und Eigensinn: Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995, S. 261-305.

⁷² Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED (Hgg.): Clara Zetkin: Gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, Berlin 1955.

⁷³ Kern, Käthe: Zehn Jahre Sozialfürsorge in der DDR, in: Arbeit und Sozialfürsorge 14 (1959), S. 629f.

⁷⁴ Ritter, Gerhard A.: Thesen zur Sozialpolitik der DDR, in: Hoffmann, Dierk u. a. (Hgg.): Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989, München 2005, S. 11-29, hier S. 17.

Argument.⁷⁵ Gleiches galt für das verfassungsmäßig verankerte „Recht auf Wohnraum“ (Art. 37). Gemeinsam waren diese beiden Fundamentalrechte schwergewichtige rhetorische Flaggschiffe und dienten als Fingerzeig und Seismograph für Gerechtigkeit, insbesondere dann, wenn im kapitalistischen System Krisenerscheinungen und besonders krasse Formen von Armut wie die Obdachlosigkeit von Familien und Arbeitern beobachtet werden konnten.⁷⁶ Die DDR-Führung grenzte sich in dieser Situation doppelter Glaubwürdigkeitslegitimierung ganz bewusst und überaus radikal von der Bundesrepublik ab: Eine soziale (Grund-)Sicherheit wurde durch die Etablierung eines engmaschigen sozialen Netzes, zudem durch Transferzahlungen wie Renten, eine umfassende Kinder- und Familienförderung sowie sehr niedrigen Wohnungsmieten verbürgt. Hinzu kamen die Subventionen für Güter und Dienstleistungen des Grundbedarfs, deren Preise nicht auf einem freien Markt nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage reguliert wurden, wodurch ihnen die wesentliche Funktion zukam, „soziale Gerechtigkeit und Gleichheit herzustellen und zu vermitteln“⁷⁷.

Diese soziopolitischen Einflussnahmen waren ausnahmslos Bestandteile des Systemwettkampfes,⁷⁸ letztlich aber auch Resultat einer gezielten soziopolitischen Identitäts- und Image-PR, die die Versäumnisse bürgerlicher Vorgängergesellschaften ex positivo vergessen machen wollte. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zur Bundesrepublik war die enge Verknüpfung zwischen Lebenslauf und Sozialpolitik. Weitgehend standardisierte sozialpolitische Leistungen beförderten eine relative Homogenisierung der Biographien, sodass das Leben letztlich weniger individuelle Risiken barg. Mit solchen Präventivmaßnahmen wollte man sich von kapitalistisch-bürgerlichen Arbeits-, Moral- und Familienvorstellungen abheben. Es entsprach dem Selbstverständnis in der DDR, die „uralte [...] Sehnsucht des Menschen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, nach Frieden, Menschlichkeit und Gerechtigkeit“ zu erfüllen, weshalb sich die DDR Zeit ihrer Existenz als fortschrittlicherer und rechtmäßiger deutscher Staat (und zwar: in synchroner wie diachroner Hinsicht) sowie als „Bollwerk des Kampfes des ganzen deutschen Volkes für Frieden, Demokratie und Sozialismus“⁷⁹ verstand.

⁷⁵ Die damit verbundenen Schattenseiten (die auffällige Vernachlässigung der außerhalb des Produktionsprozesses stehenden Menschen sowie die disziplinierende Seite einer „Pflicht zur Arbeit“) dürfen an dieser Stelle freilich nicht unerwähnt bleiben.

⁷⁶ Vgl. die jeweiligen Kapitel zur gegenseitigen Beobachtung in: Lorke, Christoph: Armut im geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik und der DDR, Frankfurt a. M. 2015.

⁷⁷ Neben einer kulturell-erzieherischen Funktion diente das Bündel „gesellschaftlicher Fonds“ vor allem der Verringerung und Minderung sozialer Unterschiede. Merkel, Ina: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln u. a. 1999, S. 44.

⁷⁸ Jarasch, Konrad H.: Die gescheiterte Gegengesellschaft. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR, in: Afs 39 (1999), S. 1-17, hier S. 7.

⁷⁹ SED: Das Programm des Sozialismus, Berlin 1966, S. 232.

Beispiele hierfür finden sich zuhauf: Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag seit Gründung der DDR im Jahr 1969 wurde selbige als Wendepunkt in der deutschen Geschichte interpretiert und selbstbewusst eine „stolze Bilanz“ verkündet: „Wir gehören zu den Siegern der Geschichte.“ Partei- und Staatsführung sahen sich als nach sieben Jahrzehnten Imperialismus und Krieg als Staat des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.⁸⁰ Nur fünf Jahre später wird deutlich, inwiefern dieser Jahrestag neben dem der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ gewissermaßen ein „klassischer“ Erinnerungsort geworden war. 1974 wurde im Rückblick geurteilt, man habe nach dem Kriegsende die richtigen Schlüsse gezogen (Enteignung von Naziverbrechern, Bodenreform) und dabei an humanistische Traditionen angeknüpft. Mit dem sozialpolitischen Programm der SED habe man den Grundsätzen der Arbeiterbewegung in Punkto Familien-, Wohn- und Bildungspolitik entsprochen und somit „Unterschiede in der sozioökonomischen Struktur, im Grade der Industrialisierung und im Lebensniveau der Menschen Schritt für Schritt“ überwinden können – und diese verknüpft mit dem Ziel einer weiteren „sozialen Annäherung der Klassen und Schichten“ und einem Abbau bestehender Unterschiede, etwa zwischen Stadt und Land oder zwischen geistiger und körperlicher Arbeit.⁸¹ Zentraler erinnerungspolitischer Referenzrahmen war in solchen und vergleichbaren, beinahe ritualisiert vorgetragenen Verlautbarungen häufig die Sozial- und Wohnungspolitik Weimarer Prägung und somit die Kindheits- und Jugendjahre vieler Funktionäre. Zuweilen gingen die Vergangenheitshorizonte gar noch weiter zurück, etwa bis in die Gründerjahre „des Kapitalismus [...], mit Mietskasernen und düsteren Hinterhöfen“,⁸² wie Erich Honecker im Rahmen der Einweihung der zweimillionsten neugebauten Wohnung seit 1971 im Jahr 1984 verkündete. „Weimar“ war und blieb aufgrund der personellen Kontinuitäten im Politbüro wenig überraschend bis zum Ende der DDR wesentliches „Argument“ im Osten Deutschlands.⁸³

Kurz: Die SED-Oberen huldigten während des gesamten Bestehens der DDR einer Gleichheitsideologie und propagierten unablässig die Vision eines egalitären Staates, die zu unzähligen Anlässen wie Jahrestagen in gebets-

⁸⁰ Komitee zum 20. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, in: dies. (Hgg.): 20 Jahre DDR. Staat des Friedens und des Sozialismus, Berlin 1969, S. 11-20, hier S. 13.

⁸¹ Honecker, Erich: Siegesbewußt auf sozialistischem Weg. Rede auf der Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, 6. Oktober 1974, Berlin 1974, S. 17. Vgl. im ähnlichen Duktus Panorama DDR – Auslandspresseagentur (Hgg.): Aufruf an die Bürger der DDR zum 30. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1979.

⁸² Ansprache Erich Honeckers, abgedruckt in: Zweimillionste Wohnung wurde feierlich übergeben, Neue Zeit, 10.02.1984.

⁸³ Gusy, Christoph (Hg.): Weimars langer Schatten – „Weimar“ als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003.

mühlenartiger Monotonie repetiert wurde. Nur zwei erinnerungskulturell explizit aufgeladene Beispiele aus der Spätzeit der DDR zeigen, inwiefern die Selbstbilder geprägt waren von Erfolgsbilanzen, zunächst in einer Rede Erich Honeckers auf dem XI. Parteitag in Berlin 1986:

„Unser Volk hat [...] einen Lebensstand erzielt wie noch nie in seiner Geschichte. Arbeitslosigkeit ist für uns ein Begriff aus einer anderen, fremden Welt. Gewährleistet sind uns soziale Sicherheit und Geborgenheit, Vollbeschäftigung, gleiche Bildungschancen für alle Kinder des Volkes.“⁸⁴

Und ein Jahr später bekräftigte der Generalsekretär mit Blick auf Krisenerscheinungen jenseits des „Eisernen Vorhangs“ die gesellschaftlichen Aufgaben und das „humanistische Anliegen des Sozialismus“, weshalb die Notwendigkeit zum Ausdruck komme, „Verhältnisse zu schaffen, in denen keine Bürger ausgeschlossen werden, in denen keine ‚Randgruppen‘ entstehen und wo keine soziale Degradation“ zugelassen werden dürfe.⁸⁵

Armut in ihren krassen Erscheinungsformen wurde unter diesen Bedingungen zwar vermieden, doch konnte das soziale System der DDR nicht verhindern, dass Gruppen von Personen, die nicht im Produktionsprozess standen, unter teils dürftigen Bedingungen zu leben hatten.⁸⁶ Und auch bezogen auf andere ursprüngliche Überlegungen stellten verschiedene Beobachter im Laufe der DDR immer wieder fest, dass Gleichheit nur bedingt zu realisieren war, etwa hinsichtlich der Inklusion benachteiligter gesellschaftlicher Schichten (Kinderreiche,⁸⁷ Frauen,⁸⁸ Altersrentner⁸⁹) oder der Korrekturen zwischen unteren (gering entlohnte Arbeitsplätze; Altersrenten, kinderreiche Haushalte) und oberen Einkommensgruppen (Intelligenz, Handwerker).⁹⁰ Somit kontrastierten Gleichheitspostulate nicht nur an den hier angedeuteten Stellen mit der sozialen Wirklichkeit. Das Wiederaufleben

⁸⁴ Honecker, Erich: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag, Berlin 1986, S. 6.

⁸⁵ Honecker, Erich: Die Aufgaben der Parteiorganisation bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED. Referat auf der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, in: Neues Deutschland, 07./08.02.1987, S. 11.

⁸⁶ Frerich, Johannes u. a.: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1993.

⁸⁷ Vgl. Lorke, Christoph: „Soziale Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit“: Kinderreiche Familien in der DDR, in: Deutschland Archiv Online: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschland-archiv/206153/soziale-ungleichheit-und-soziale-ungerechtigkeit-kinderreiche-familien-in-der-ddr> [08.04.2019].

⁸⁸ Winkler, Gunnar (Hg.): Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1990, S. 121f.

⁸⁹ Vgl. etwa Bouvier, Beatrix: Sozialpolitik als Legitimationsfaktor? Die DDR seit den Siebzigerjahren, in: AfS 47 (2009), S. 127-161, hier S. 142.

⁹⁰ Bernard, Josef: Das persönliche Eigentum und der Stand der Versorgung der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit langlebigen Konsumgütern, Halle 1966, S. 180-183.

des überkommenen „Asozialitäts“-Topos, der 1968 auch Eingang in die Strafgesetzgebung fand, stellte eine besonders perfide Form von „Erinnerungsarbeit“ dar. Jener Rückgriff diente dazu, die „Unangepassten“ strafrechtlich in angemessener, will sagen: vertraut-bewährter Form beschreiben und dadurch in das sozialsymbolische DDR-Kräfteparallelogramm einordnen zu können. Die so Etikettierten standen in den Augen der Benennenden im vollkommenen Gegensatz zum erstrebenswerten Leben des idealtypischen DDR-Bürgers: Arbeit, Bildung, Sparsamkeit, eine rationale Lebensführung, „kulturvolles Leben“ und „sinnvolle Freizeitgestaltung“ schien bei ihnen keine Rolle zu spielen, wobei diese Beobachtungen frappierende Analogien zu überkommenen Armutsdeutungen aufwiesen.⁹¹

Die programmatische Maßgabe „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen“ bedeutete zwar einerseits eine Individualisierung (mit allerdings eingeschränkten bürgerlichen Freiheiten), andererseits aber ebenso die Anerkennung des gleichen Rechts aller Bürger auf Bildung, Gesundheit, unabhängig von der Höhe des Einkommens. Als besonders problematisch wurde gerade in den letzten Jahren der DDR die Existenz gering entlohnter (und in der Regel von Un- und Angelernten Arbeitern besetzten) Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen und monotoner Tätigkeitsstruktur gesehen, weshalb einzelne Soziologen rigoros gar deren Abschaffung forderten.⁹² Derartige Überlegungen verweisen auf die zunehmende Bedeutung der funktionalistischen Ungleichheitstheorie, die also – wenngleich abgewandelt – auch in der DDR Anklang fand, was gängige Gleichheitsideen und ihre erinnerungskulturellen Grundsätze ins Wanken bringen sollte. Demnach wurde Ungleichheit gar als „nützlich“ begriffen, da sie gewisse Belohnungsanreize verspreche, während das Leistungsprinzip als wichtigstes Distributionsprinzip für Einkommen und zur Stimulierung als nötig erachtet wurde.⁹³ Eine parteiinterne Broschüre aus der späten DDR brachte beispielsweise eine transparente leistungsgerechte soziale Differenzierung ins Spiel und auch, die Verteilung des erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtums so zu gestalten, dass zum einen das gesellschaftliche Ganze gefördert werde, zum anderen die spezifischen Bedürfnisse konkreter Menschen. Insbesondere die norm- und maßstabsetzenden, anspornenden Potenziale von Spitzenkadern und -kollektiven sowie herausragenden Forschern verdienten nach dieser neuen Gleichheitslogik eine „angemessene

⁹¹ Korzilius, Sven: „Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SBZ/DDR: Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung, Köln 2005.

⁹² Lötsch, Manfred: Sozialstruktur und Wirtschaftswachstum, in: Wirtschaftswissenschaft 29 (1981), 1, S. 56-69, hier S. 64.

⁹³ Bernard, Josef u. a. (Hgg.): Sozialistisches Leistungsprinzip und umfassende Intensivierung, Halle/Saale 1987.

materielle Leistungsanerkennung sowie effektivere Produktions- und überdurchschnittliche Reproduktionsbedingungen“.⁹⁴ Dazu gehörten unter anderem die Bereitstellung eines Eigenheims oder spezielle Urlaubs- und Erholungsmöglichkeiten, denn nur so könne die DDR auf den von kapitalistischen Konzernen beherrschten Weltmarkt bestehen. Individuelle Arbeitsleistung müsste nach dieser Auffassung individualitätsgerechter bewertet werden, lautete das Fazit einer sich zunehmend globaleren Verflechtungen ausgesetzt sehenden DDR. Dadurch wurde die zuvor intensiv betriebene Erinnerungsarbeit zumindest in Teilen ab absurdum geführt, ohne dabei jedoch Eingang in die staatssozialistische Öffentlichkeit zu finden. So war in Modrows Regierungserklärung der Begriff „Gleichheit“ ein noch unangefochtenes, zentrales Erinnerungsmoment wie auch Zukunftsversprechen.⁹⁵

⁹⁴ Adler, Frank: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“. Soziologische Analyse zur Durchsetzung des Leistungsprinzips in unserer Gesellschaft, Berlin 1987, S. 32, S.62.

⁹⁵ Regierungserklärung Hans Modrow, in: Neues Deutschland, 18.11.1989.

Ein Ausblick in die 1990er Jahre

Während die Ideengeber sozialpolitischer Maßnahmen der „alten Bundesrepublik“ ihr Agieren zumindest bis in die mittleren 1970er Jahre hinein als explizit etwas historisch Neues, ja sozialstaatlich Revolutionäres verstanden und sich als dezidiertes Gegenentwurf von parallelen (DDR) sowie früheren, jedenfalls als unzureichend, ungerecht und Ungleichheit befördernde Gleichheitsideen abzuheben bemühten, war die DDR eine alternative gesellschaftliche Konzeption, die ganz grundsätzlich die bis 1945 in Deutschland geltenden „bürgerlich-kapitalistischen“ Gleichheitspostulate ein für alle Mal ad acta zu legen versuchte. Sie war eine Art permanente Erinnerung an das überkommene Alte (bei gleichzeitiger unentwegter rhetorisch-symbolischer Disqualifizierung des „Klassenfeindes“), während die eigenen Errungenschaften als Verifizierung dieser auch erinnerungspolitischen ‚Wende‘ herhielten. Dass jene DDR-Gleichheitspostulate nur bedingt mit der sozialen Realität korrespondierten, war vielen Beobachtern bereits vor 1989 klar. Welches Ausmaß soziale Unterschiede tatsächlich annehmen konnten, offenbarten die sensationsheischenden Berichte über „Wandlitz“ direkt nach dem Ende der DDR – wenngleich der dortige Wohlstand aus Sicht vieler westdeutscher Beobachter nur vergleichsweise bescheidene Dimensionen angenommen hatte. Dekadenter Exzess sah gewiss anders aus.⁹⁶

Was in den kommenden Wochen folgen sollte, war allerdings eine kaum vorhersehbare „soziale Revolution“⁹⁷: Nach Mauerfall und Wiedervereinigung, einer umfassenden Deindustrialisierung und Betriebsstillegungen im Osten Deutschlands verdoppelte sich die Arbeitslosenquote im Zeitraum von 1990 bis 1997 von 5 auf 10 Prozent. Der „Preis der Freiheit“ (Andreas Wirsching) war die Zunahme sozialer Ungleichheiten und neuer persönlicher Risiken. Gleichzeitig war mit der politischen die soziale Einheit längst noch nicht vollendet, ja haben im Gegenteil viele Verwerfungen und in Teilen bis heute bestehende (soziale wie auch mentale) Disparitäten in jenen Jahren ihren Ausgangspunkt. Die hochkontroversen Aushandlungskämpfe der 1990er Jahre zeigen, inwiefern es sich bei den Aspekten Gleichheit und Gerechtigkeit auch ohne eine Partikularsituation „Vereinigungskrise“ (Jürgen Kocka) um hoch normative gesellschaftliche Selbstverständigungs- und Positionierungsfragen handelt. Wie soziale Ungleichheit zu deuten ist, war vermutlich selten so umstritten und ideologisch aufgeladen wie im Kontext der frühen 1990er Jahre. Was sich hier komprimiert darstellt, ist das kumulierte,

⁹⁶ Kirschey, Peter: Wandlitz Waldsiedlung: die geschlossene Gesellschaft. Versuch einer Reportage, Gespräche, Dokumente, Berlin 1990.

⁹⁷ Vgl. Lorke, Christoph: Die Einheit als „soziale Revolution“. Debatten über soziale Ungleichheit in den 1990er Jahren, in: Zeitgeschichte-online, März 2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/thema/die-einheit-als-soziale-revolution> [08.04.2019].

zunächst getrennte, dann rasch zusammengeführte Produkt jahrzehntelanger Sinnfragen und Suchbewegungen.

In jenen ersten Jahren nach der Vereinigung waren es sowohl Interpretationen des Gestern und der Gegenwart sowie zusätzlich zwischen den beiden Teilgesellschaften, die sich zunächst fremd gegenüberstanden und je eigene und voraussetzungsreiche Erinnerungsmodalitäten an „Gleichheit“ in den Einheitsprozess mitbrachten. Gerechtigkeit als grundlegendes Ziel politischer Herrschaft und Rechtfertigung einer politischen Ordnung wurde auch in der „Vereinigungsgesellschaft“ grob betrachtet von zwei Denkrichtungen umrahmt, die jeweils unterschiedliche Erinnerungsschichten aufgriffen: die liberale und marktwirtschaftliche Position (Freiheitlichkeit und Wettbewerb, individuelle Potentiale zum größten gemeinsamen Nutzen, individueller Einsatz lohnt sich) gegenüber jener Sichtweise, wonach der Staat mit seinen Mitteln und Möglichkeiten dafür zu sorgen hat, dass der gesellschaftliche Fortschritt (hier: die Moderation des Übergangs zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft) nicht die Menschlichkeit und Solidarität riskiert.⁹⁸

Angesichts dieser Vorbedingung musste sich etwa die SPD, da praktisch ohne jede Tradition in der DDR (aber auch ohne Vorbelastung), eine eigene Ausdeutung sozialdemokratischen Denkens und Handelns zurechtlegen und auf Gleichheitserinnerungen basierend anknüpfungsfähige als auch überzeugende Zukunftsentwürfe des Sozialen entwickeln. Nimmt man zunächst ein Parteiprogramm aus der Zeit vor 1989, so lassen sich noch die Einflüsse der Kombination aus ökonomischer Krise, Inflation und Finanzkrise des Wohlfahrtsstaates, der Internationalisierung der Kapitalmärkte, die zunehmende Staatsverschuldung und (Massen-)Arbeitslosigkeit erahnen. Das wenige Woche nach dem Mauerfall konzipierte Berliner Programm war Ergebnis unterschiedlicher Diskussionsrichtungen, Folge auch der Integration ökologischer Themen sowie von Geschlechtergerechtigkeit und Frieden in die Programmatik, die auf egalitäre Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit setzte, und somit Antwortversuch auf neue Herausforderungen.⁹⁹ Als „Grundwerte des Demokratischen Sozialismus“ wurden in Anlehnung an frühere Überlegungen benannt: soziale wie politische Teilhabe, soziale Sicherung, Gerechtigkeit und Gleichheit bei Verteilung der Einkommen, von Eigentum und Macht. Ebenfalls wurde mit Blick auf die damaligen Befürchtungen eine Verteidigung des Sozialstaates hervorgehoben. Nachdem, so das zentrale Erinnerungsmoment, die Arbeiterbewegung den Sozialstaat er-

⁹⁸ Billerbeck, Rudolf: Gerechtigkeitsverlangen – Ostdeutsche Landtagsdebatten 1990–1994, Berlin 1998.

⁹⁹ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998.

kämpft habe, hieße das Motto nunmehr sozialstaatlicher „Umbau statt Abbau“, um das Recht auf soziale Sicherung vor dem Hintergrund neuer Problemkontexte auch weiterhin garantieren zu können.¹⁰⁰

Nach der politischen Vereinigung stand zunächst die Frage nach der Schnelligkeit des wirtschaftlichen wie sozialen Zusammenwachsens im Raum, die wiederum eng mit der Verwirklichung von Gleichheit verbunden wurde.¹⁰¹ In den frühen 1990er Jahren war es die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD unter dem Vorsitz von Wolfgang Thierse, die an Ursprünge sowie die Spaltung der Arbeiterbewegung ebenso erinnerte wie an die Folgen des Kalten Krieges und der Systemauseinandersetzung. Davon ausgehend wurde kontrovers diskutiert, welche Rolle die Zäsur 1989/90 für die Perspektiven der Sozialdemokratie spielen sollte. Besonders im Fokus stand hierbei der Begriff „Sozialismus“, ging es doch um die brisante Frage nach einer etwaigen Weiterverwendung dieses Theorems und um das grundsätzliche Problem, in welchem Ausmaß nach dem Ende der DDR Denkanstöße des Sozialismus weiter verfolgt werden sollten bzw. ob und auf welche Weise eine Abgrenzung zu den als verraten betrachteten sozialistischen Ideen erfolgen müsste.¹⁰² Dies entsprach einem erinnerungskulturell herausgeforderten Unbehagen vieler.

Diese Erfahrungen, Ahnungen und Erinnerungen waren es auch, die dazu führten, dass die SPD die Entwicklung in Ostdeutschland zum Anlass nahm, das Thema soziale Ungleichheit in den Mittelpunkt ihres Bundestagswahlkampfes 1994 zu rücken.¹⁰³ Und auch in der Folgezeit ging es der Partei darum, eine Rettung des Sozialstaates „vor diesem neuen globalen Kannibalismus ohne Regeln, ohne Kontrolle, ohne Verantwortung“¹⁰⁴ zu erreichen, befürchtete man schließlich Deregulierung, Sozialstaatsabbau und somit die politisch bewusst hingegenommene (bzw. gar gezielt herbeigeführte) Vergrößerung sozialer Ungleichheit. Die Bundesregierung sah sich durch diese, aber auch durch weitere alternative Sozialnarrative zur Lesart „blühender

¹⁰⁰ Grundsatzprogramm der SPD. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, geändert auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04.1998; vgl. auch die Überlegungen im Vorfeld des Berliner Programms bei Lafontaine, Oskar: Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung, Hamburg 1985 sowie Nachtwey: Marktsozialdemokratie, S. 212.

¹⁰¹ Mahner wie Lafontaine sahen in den ungleichen Voraussetzungen beider Staaten ein Problem, da dies die Ungleichheit noch weiter verstärken würde. Lafontaine, Oskar: Deutsche Wahrheiten. Die nationale und die soziale Frage, Hamburg 1990, S. 205-215.

¹⁰² „Sozialismus“ – Von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff. Eine Handreichung der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, o. O., o. J. Vgl. insgesamt hierzu: Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006, v. a. Kapitel VIII und IX.

¹⁰³ Armut bekämpfen, Sozialen Frieden sichern. Konferenz Scharpings zu Perspektiven der Armutsbekämpfung in Deutschland, SPD-Pressedienst, 12.10.1993; vgl. o. V.: Reichtum ist bitter ungerecht verteilt, in: FAZ, 14.10.1993.

¹⁰⁴ Redebeitrag von Anke Fuchs im Bundestag, 13. WP, 68. Sitzung, 09.11.1995, 5888.

Landschaften“ und eines wirtschaftlich erfolgreichen Vereinigungsprozesses zunehmender Kritik ausgesetzt. Dabei wurde von verschiedenen Seiten prophezeit, eine nunmehr doppelte Spaltung des Landes – zwischen und innerhalb von Ost und West – könne als neue Ungleichheitsdimension die Tendenz zur gesellschaftlichen Polarisierung und Segmentierung verstärken.¹⁰⁵

Regierungsverantwortliche reagierten auf solche Vorwürfe grob gesagt in zweierlei Verfahren: Zum einen sahen sie die DDR-Vergangenheit als delegitimierende Ressource. Dieses Vorgehen zielte darauf, damalige Gleichheitspostulate als soziales Trugbild zu entlarven, zum anderen, um auf die nachlassende Zustimmungswerte zur Sozialen Marktwirtschaft¹⁰⁶ eine adäquate Antwort formulieren zu können, zum anderen, um solcherart auf aufkommende nostalgische Erinnerungsmuster zu reagieren, die im Zuge der Transformationszeit den sozialen Rechten der DDR als Erinnerungsort eine zunehmend wichtige Bedeutung beimaßen.¹⁰⁷ Jene DDR-Nostalgie bezog sich vorrangig auf Elemente der sozialen Sicherheit und kreiste insbesondere um das Recht auf Arbeit, die Entwicklungen in Punkto Wohnraum, Bildung, Gesundheitsversorgung und gleiche Löhne – und dies war keineswegs nur bei ehemaligen Funktionären und Mitgliedern von SED und PDS der Fall,¹⁰⁸ sondern sicher auch darüber hinaus. Um jenem verbreiteten Verlustgefühl sozialer Gleichheit bei gleichzeitigem Hinzugewinn politischer Freiheit und rechtlicher Gleichheit zu begegnen, wurde in gezielt dichotomen Kalten-Kriegs-Modus einer grundsätzlichen Diskreditierung der DDR auch auf sozialem Terrain Vorschub geleistet – eine Strategie, die nach 1990 auch für andere gesellschaftliche Bereiche zu beobachten war.¹⁰⁹ Der Wert der Gleichheit, so zeigte sich hier nicht zum ersten Mal, „lud zum Vergleich ein“¹¹⁰: Das Recht auf Arbeit etwa wurde als „Scharlatanerie“ und als die Produktivität hemmendes Element, die vermeintliche Vollbeschäftigung als „verdeckte Arbeitslosigkeit“ interpretiert, die DDR-Wirtschaftsstruktur hingegen als „Erblast“ klassifiziert, die allenfalls zu hohe Löhne, fehlenden Unternehmmergeist und Einstellungsdefizite hervorgebracht habe.¹¹¹

¹⁰⁵ Genannt sei nur der von DGB und Paritätischen Wohlfahrtsverband 1994 veröffentlichte Armutsbericht: Hanesch, Walter u. a. (Hgg.): Armut in Deutschland, Reinbek b. H. 1994.

¹⁰⁶ Positive Einschätzungen in Umfragen fielen seit 1990 in wenigen Jahren von 77 auf 26 Prozent. Siehe Spoerer: Marktwirtschaft, S. 41.

¹⁰⁷ Neller, Katja: DDR-Nostalgie: Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden 2006.

¹⁰⁸ Vgl. nur Honecker, Erich: Zu dramatischen Ereignissen, Hamburg 1992, S. 6; passim.

¹⁰⁹ Vgl. die Beispiele um „Stasi“ und hier die Beiträge in: Großbölting, Thomas u. a. (Hgg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017.

¹¹⁰ Tschammer, Anne-Kerstin: Sprache der Einheit. Repräsentation in der Rhetorik der Wiedervereinigung 1989/90, Wiesbaden 2019, S. 716.

¹¹¹ Bspw. bei Merklein, Renate: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint, in: Die Welt, 17.04.1990.

Diesen relativierenden und externalisierenden, häufig unüberhörbar von antikommunistischen Ressentiments getragenen komparativen Versuchen der De-Legitimierung einer unliebsamen Teil-Vergangenheit zielten *erstens* darauf ab, von ökonomischen Fehlentwicklungen nach 1990 abzulenken. *Zweitens* war es Ziel, den jähen sozialen Wandel auf Versäumnisse des untergegangenen Staates zurückzuführen. *Drittens* dienten diese erinnerungskulturellen oder besser vergangenheitspolitischen Verweise der Einschwörung auf gemeinsame, vereinigungsgesellschaftlich relevante Zielvorstellungen und die Etablierung und Selbstvergewisserung neuer Erwartungshaltungen.¹¹² Diese tangierten die nicht besonders originelle Frage, wieviel Ungleichheit eine Gesellschaft benötige, damit sich „Leistung [...] wieder“ lohne.¹¹³ Dieses Herangehen hatte direkte Auswirkungen auf diskursiv-symbolische Sprechweisen über das Soziale und mündete in einer Missbrauchsdebatte, die Parallelen zum zeitgleich ablaufenden Asyl- und Migrationsdiskurs aufwies: „Wildwuchs“, „Sozial-Schwindler“, „Müßiggänger“, gar „asoziale“ oder „parasitäre“ und somit die Produktivität hemmende Verhaltensweisen waren häufig genutzte Charakterisierungen in jenen Jahren, die auf sozialstaatliche Defizite deuten sollten und frühere (Un-)Gleichheitsnarrative aufgriffen.¹¹⁴ Jenes Sprechen (und implizites Erinnern) war wiederum stark gegenwartsorientiert und zweifach strukturiert: einerseits durch die Rede vom „Marktwert“ der Arbeitslosen,¹¹⁵ andererseits durch „Ossis“ als neuer, ‚fremder‘ Gruppe auf dem Arbeitsmarkt, die eine Gefährdung des erungenen Wohlstands symbolisierten. Entsprechende Exotisierungen reproduzierten die vermeintliche Andersartigkeit „des Ostens“ als ein vom Normalfall abweichendes, industriegesellschaftlich gewissermaßen vormodernes Phänomen und zementierten die diskurssemantische Grundfigur ostdeutsch/westdeutsch. Noch heute sprechen einzelne Forscher mit Blick auf jene paternalistisch-sozialdisziplinierenden Normativformeln gar von einer „Kolonialisierung des Ostens“.¹¹⁶

Derartiges Herangehen an die Vergangenheit mitsamt Interpretationen der sozialen Gegenwart blieben wenig überraschend nicht unwidersprochen; vielmehr treten durch unterschiedliche Protestformen nach 1990 andere Akteure in den Vordergrund, die eigene und abweichende erinnerungskulturelle

¹¹² Vgl. mit weiteren Belegen Lorke, Christoph: Von alten und neuen Ungleichheiten. ‚Armut‘ in der Vereinigungsgesellschaft, in: Großbölting u. a., Deutschland, S. 271-295.

¹¹³ Mit dem „Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm“ der Bundesregierung im Jahr 1994 sowie dem „Programm für Wachstum und Beschäftigung“ (1996) wurde unter anderem eine Lockerung des Kündigungsschutzes und eine Kürzung des Arbeitslosengeldes festgelegt.

¹¹⁴ Vgl. hierfür ausführlicher Lorke: Ungleichheiten.

¹¹⁵ Molitor, Wolfgang: Marktwert, in: Stuttgarter Nachrichten, 10.07.1995; Des Arbeitslosen „Marktwert“, in: FR, 12.07.1995.

¹¹⁶ Vgl. die vom Dresdner Institut für Kulturstudien organisierte Tagung „Kolonie Ost? Aspekte von ‚Kolonialisierung‘ in Ostdeutschland seit 1990“, die Anfang April 2019 stattfand.

Auslegungen greifbar machen. Ein prominentes Beispiel wären die „Montagsdemonstrationen“, die sich nach den ersten Stilllegungen, Massenentlassungen und Frühverrentungen entwickelt hatten. Aufgerufen hatten insbesondere Gewerkschaften und die PDS, die Privatisierungen und einen kapitalistischen „Ausverkauf“ anmahnten. Am 18. März des Jahres 1990 – auf den Tag genau zwölf Monate nach der Volkskammerwahl – gingen in Ostberlin, Leipzig, Chemnitz und anderswo mehrere Zehntausende Menschen auf die Straße und knüpften damit dezidiert an Traditionelles an.¹¹⁷ Blicken wir ein paar Jahre weiter, so äußerte sich auch in anderen Kontexten reichlich Unmut. 2005 wurde das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (kurz: „Hartz IV“) im Rahmen der „Agenda 2010“ verabschiedet. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte diese Maßnahmen in seiner Regierungserklärung 2003 auch mit der Geschichte des Sozialstaates begründet:

„Die Struktur unserer Sozialsysteme ist seit 50 Jahren praktisch unverändert geblieben. An manchen Stellen [...] führen Instrumente der sozialen Sicherheit heute sogar zu Ungerechtigkeiten. [...] Daraus ergibt sich nur eine Konsequenz: Der Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung sind unabweisbar geworden. Dabei geht es nicht darum, ihm den Todesstoß zu geben, sondern ausschließlich darum, die Substanz des Sozialstaates zu erhalten. Deshalb brauchen wir durchgreifende Veränderungen.“¹¹⁸

Unter anderem wurden Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in einem einheitlichen System zusammengeführt. Dies stellte eine Abkehr von einem Fundamentalprinzip bundesdeutscher Sozialstaatlichkeit, der Lebensstandardsicherung, dar. Auf den 2003/04 initiierten „Hartz-IV“-Demonstration oder auch „Montagsdemonstration“ demonstrierten mehrere Zehntausend Teilnehmer_innen gegen „Sozialkahltschlag“. Seit Oktober 2014 erleben wir eine neue Form des Unbehagens. Wenn die „Pegida“-Bewegung in Dresden und anderswo ihren Unmut artikuliert, lässt sich daran eine Gemengelage aus Demokratieverdrossenheit, Migrations-, Islam- und Europakritik sowie Kulturpessimismus ablesen – aber eben auch erinnerungskulturelles wie soziales Unbehagen, das sich auf die Entwicklungen der vergangenen knapp 30 Jahre bezieht, dabei allerdings unverkennbar ethnonationalistisch gefärbte Gleichheitsziele verfolgt.

Solche und weitere Beispiele zeigen, inwiefern das Sprechen und Erinnern um soziale Gleichheit immer auch auf die Wechselwirkungen zwischen

¹¹⁷ Böick, Marcus: „Aufstand im Osten“? Sozialer und betrieblicher Protest gegen Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in den frühen 1990er Jahren, in: Binge, Dieter u. a. (Hgg.): Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhen in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2012, S. 167-185, hier S. 172-175.

¹¹⁸ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hgg.): Agenda 2010. Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung. Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Berlin, den 14. März 2003, Berlin 2003, S. 12.

Inklusion und Exklusion und somit auf tiefergehende Prozesse gesellschaftlicher Selbstverständigung, historisch tief verwurzelte Gerechtigkeitsvorstellungen und Selbstbilder rekurriert. Deutlich wird dabei außerdem, welche je gegenwärtige Relevanz die Erinnerungen etwa für sozialpolitische Entscheidungen hatten und wie umstritten diese jeweils sein konnten. Gerade solche Aushandlungsdynamiken historisch einzuordnen und mit ihren erinnerungskulturellen Kontexten und Hintergründen in Beziehung zu setzen, kann helfen, Kontinuitäten zu identifizieren, die über politikgeschichtliche Zäsuren hinweg Wirkung entfalten konnten und in vielerlei Hinsicht und in vielerlei Variationen bis heute nachhallen.

Verzeichnis über gedruckte Quellen und Literatur

- Adler, Frank: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“. Soziologische Analyse zur Durchsetzung des Leistungsprinzips in unserer Gesellschaft, Berlin 1987.
- Adler, Frank: Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus, in: Berliner Journal für Soziologie 1 (1991), S. 157-175.
- Bäcker, Gerhard: Ausgrenzung und Verarmung als Ergebnis von Politik und Ideologie des Neokonservatismus, in: Soziale Sicherheit 5 (1985), S. 129-137.
- Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft (Hgg.): Revolution der Gleichheit – Ende oder Beginn der Freiheit?, Hamburg 1974.
- Bernard, Josef u. a. (Hg.): Sozialistisches Leistungsprinzip und umfassende Intensivierung, Halle/Saale 1987.
- Bernard, Josef: Das persönliche Eigentum und der Stand der Versorgung der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit langlebigen Konsumgütern, Halle 1966.
- Biedenkopf, Kurt H.: Fortschritt in Freiheit. Umriss einer politischen Strategie, München 1974.
- Billerbeck, Rudolf: Gerechtigkeitsverlangen – Ostdeutsche Landtagsdebatten 1990 –1994, Berlin 1998.
- Blüm, Norbert: Christlich-sozial: Dazwischen!, in: Schönbohm, Wulf u. a. (Hgg.): CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen, München/Wien 1981, S. 11-16.
- Böck, Marcus: „Aufstand im Osten“? Sozialer und betrieblicher Protest gegen Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in den frühen 1990er Jahren, in: Binge, Dieter u. a. (Hgg.): Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhen in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2012, S. 167-185.
- Bolte, Karl Martin u. a.: Soziale Schichtung, in: dies. (Hgg.): Deutsche Gesellschaft im Wandel, 2. Auflage, Opladen 1967, S. 233-352.
- Bouvier, Beatrix: Sozialpolitik als Legitimationsfaktor? Die DDR seit den Siebzigerjahren, in: AfS 47 (2009), S. 127-161.
- Brandt, Willy: Der Auftrag des demokratischen Sozialismus. Zum 20. Todestag von Kurt Schumacher, Bonn 1972.
- Buhr, Petra u. a.: Armutspolitik und Sozialhilfe in vier Jahrzehnten, in: Blanke, Bernhard (Hg.): Die alte Bundesrepublik: Kontinuität und Wandel, Opladen 1991, S. 502-546.
- Clausing, Peter: 30 Jahre dynamische Rente – Bilanz und Ausblick, in: Die Angestellten-Versicherung 34 (1987), 2, S. 69-74.

- Cornelißen, Christoph: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: GWU 54 (2003), S. 548-563.
- Dann, Otto: Gleichheit, in: Brunner, Otto u. a. (Hgg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 997-1046.
- DGB: Wir nähern uns den Verhältnissen von Weimar, in: Die Welt, 30.11.1983.
- DGB-Bundesvorstand (Hgg.): Die im Dunkeln sieht man nicht...Gewerkschaftliche Strategien gegen die „Neue Armut“, Essen 1985.
- Diewald, Martin u. a.: Soziale Ungleichheiten in der DDR: Die feinen, aber deutlichen Unterschiede am Vorabend der Wende, in: Huinink, Johannes (Hg.): Kollektiv und Eigensinn: Lebensverläufe in der DDR und danach, Berlin 1995, S. 261-305.
- Dönhoff, Gräfin Marion: Sie regierten uns 13 Jahre: Willy Brandt und Helmut Schmidt, in: Die Zeit, 23.12.1988.
- Ebert, Thomas: Soziale Gerechtigkeit. Ideen – Geschichte – Kontroversen, 2. Auflage, Bonn 2015.
- Ehmke, Horst: Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren, Reinbek b. H. 1969.
- Eichler, Willi: Hundert Jahre Sozialdemokratie, Bonn 1963.
- Engelmann, Bernt: Wie wir wurden, was wir sind. Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur unbedingten Wiederbewaffnung, München 1982.
- Farthmann, Friedhelm: Einführung, in: Stenbock-Fermor, Alexander Graf: Deutschland von unten. Reisen durch die proletarische Provinz 1930, Luzern u. a. 1980 [1931].
- Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt: Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011.
- Frerich, Johannes u. a.: Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1993.
- Friedman, Milton u. a.: Chancen, die ich meine. Ein persönliches Bekenntnis. Berlin u. a. 1980.
- Galbraith, Kenneth John: Gesellschaft im Überfluß, München u. a. 1959.
- Geiger, Theodor: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln u. a. 1949.
- Geyer, Martin H.: Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er-Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: AfS 47 (2007), S. 1-48.
- Gilder, George F.: Reichtum und Armut, Berlin 1981.
- Gillies, Peter: Der DGB, die Armut und der kühne Vergleich mit Weimar, in: Die Welt, 01.12.1983.

- Glötz, Peter: Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1984.
- Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007.
- Großbölting, Thomas u. a. (Hgg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017.
- Grunden, Timo: Nach dem Machtwechsel der Politikwechsel? Die Frage der sozialen Gleichheit in christdemokratischer und sozialdemokratischer Steuer- und Haushaltspolitik 1994–2002, Duisburg 2004.
- Grundsatzprogramm der SPD. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, geändert auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04.1998.
- Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand (Hgg.): Grundwerte in einer gefährdeten Welt, Bonn 1977.
- Gusy, Christoph (Hg.): Weimars langer Schatten – „Weimar“ als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003.
- Hakel, Christina: Soziale Gerechtigkeit. Eine begriffshistorische Analyse, Wien 2005.
- Hanesch, Walter u. a. (Hgg.): Armut in Deutschland, Reinbek b. H. 1994.
- Hartwich, Hans-Hermann: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln u. a. 1970.
- Hayek, Friedrich August von: Ungleichheit ist nötig, in: Wirtschaftswoche 11 (1981), S. 36-41.
- Hilpert, Dagmar: Wohlfahrtsstaat der Mittelschichten? Sozialpolitik und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1975), Göttingen 2012.
- Hockerts, Hans Günter: Im Zenit der staatlichen Wohlfahrtsproduktion: Die Reformära 1966–1974, in: ders.: Sozialstaat, S. 181-201.
- Hockerts, Hans Günter: Soziale Ungleichheit im Sozialstaat, in: ders.: Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945, Göttingen 2011, S. 285-293.
- Hockerts, Hans Günter: Vom Problemlöser zum Problemerzeuger. Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: ders.: Sozialstaat, S. 325-358.
- Honecker, Erich: Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag, Berlin 1986.
- Honecker, Erich: Die Aufgaben der Parteiorganisation bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED. Referat auf der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen, in: Neues Deutschland, 07./08.02.1987.
- Honecker, Erich: Siegesbewußt auf sozialistischem Weg. Rede auf der Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, 6. Oktober 1974, Berlin 1974.

- Honecker, Erich: Zu dramatischen Ereignissen, Hamburg 1992.
- Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheit in Deutschland, 8. Auflage, Wiesbaden 2005.
- Institut für Demoskopie Allensbach: 10 Jahre Rentenreform. Die Meinung der Versicherten 1958 bis 1968, Allensbach 1968.
- Jaraus, Konrad H.: „Die Teile als Ganzes erkennen“. Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), 1, S. 10-30.
- Jaraus, Konrad H.: Die gescheiterte Gegengesellschaft. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR, in: AfS 39 (1999), S. 1-17.
- Kaltenstein, Jens: 60 Jahre „Große Rentenreform“ von 1957 – Rückblick auf eine systemprägende „Jahrhundert-Reform“, in: Neue Zeitschrift für Sozialrecht 26 (2017), 1, S.1-7.
- Kern, Käthe: Zehn Jahre Sozialfürsorge in der DDR, in: Arbeit und Sozialfürsorge 14 (1959), S. 629f.
- Kersting, Wolfgang: Kritik der Gleichheit. Über die Grenzen der Gerechtigkeit und der Moral, Weilerswist 2002.
- Kirschey, Peter: Wandlitz Waldsiedlung: die geschlossene Gesellschaft. Versuch einer Reportage, Gespräche, Dokumente, Berlin 1990.
- Klages, Helmut: Überlasteter Staat – verdrossene Bürger. Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft, Frankfurt a. M. u. a. 1981.
- Köhler-Rama, Tim: „... Beitrag und Leistung wieder in ein gerechtes Verhältnis bringen“ – 50 Jahre Rentenreform 1957, in: RV aktuell 54 (2007), 1/2, S.13-18.
- Komitee zum 20. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, in: dies. (Hgg.): 20 Jahre DDR. Staat des Friedens und des Sozialismus, Berlin 1969, S. 11-20.
- Korzilius, Sven: „Asoziale“ und „Parasiten“ im Recht der SBZ/DDR: Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung, Köln 2005.
- Lafontaine, Oskar: Der andere Fortschritt. Verantwortung statt Verweigerung, Hamburg 1985.
- Lafontaine, Oskar: Deutsche Wahrheiten. Die nationale und die soziale Frage, Hamburg 1990.
- Leibfried, Stephan u. a. (Hgg.): Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt a. M. 1985.
- Lidy, Klaus: Definition und Messung der Armut, Heidelberg 1974.
- Lorenz, Einhart: Willy Brandt (1913–1992): Der SPD-Vorsitzende und Kanzler des internationalen Erfahrungshintergrunds, in: Brandt, Peter u. a. (Hgg.): Sozialdemokratische Regierungschefs in Deutschland und Österreich, Bonn 2017, S. 209-246.

- Lorke, Christoph: „Soziale Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit“: Kinderreiche Familien in der DDR, in: Deutschland Archiv Online: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschland-archiv/206153/soziale-ungleichheit-und-soziale-ungerechtigkeit-kinderreiche-familien-in-der-ddr> [08.04.2019].
- Lorke, Christoph: Armut im geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik und der DDR, Frankfurt a. M. 2015.
- Lorke, Christoph: Die Debatte über „Neue Armut“ in der Bundesrepublik. Konstruktion einer Kampagne und Strategien ihrer Zurückweisung (1983–1987), in: ZfG 63 (2015), 6, S. 552-571.
- Lorke, Christoph: Die Einheit als „soziale Revolution“. Debatten über soziale Ungleichheit in den 1990er Jahren, in: Zeitgeschichte-online, März 2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/thema/die-einheit-als-soziale-revolution> [08.04.2019].
- Lorke, Christoph: Die Inszenierung des (Un-)Würdigen. „Armut“ und Massenmedien im geteilten Deutschland (1949–1989), in: Ahrens, Jörg u. a. (Hgg.): Image. Zur Genealogie eines Kommunikationscodes der Massenmedien, Wiesbaden 2015, S. 271-293.
- Lorke, Christoph: Von alten und neuen Ungleichheiten. ‚Armut‘ in der Vereinigungsgesellschaft, in: Großbölting u. a. (Hgg.): Deutschland, S. 271-295.
- Lötsch, Manfred: Sozialstruktur und Wirtschaftswachstum, in: Wirtschaftswissenschaft 29 (1981), 1, S. 56-69.
- Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED (Hgg.): Clara Zetkin: Gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, Berlin 1955.
- Meadows, Dennis L. u. a.: The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York 1972.
- Mergel, Thomas: Gleichheit und Ungleichheit als zeithistorisches und soziologisches Problem, in: Zeithistorische Forschungen 10 (2013), 2, S. 307-320.
- Merkel, Ina: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln u. a. 1999.
- Merklein, Renate: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint, in: Die Welt, 17.4.1990.
- Metzler, Gabriele: Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: HZ 275 (2002), S. 57-103.
- Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998.
- Meyer, Thomas: Grundwerte und Praxis. Braucht die SPD neue Grundwerte, in: Neue Gesellschaft 33 (1981), 9, S. 829-835.

- Miegel, Meinhard: „Neue Armut“: Regierung und die Tarifparteien tragen schwere Verantwortung für die Reform des Arbeitsmarktes, in: Das Handelsblatt, 30.11.1984.
- Miegel, Meinhard: Die verkannte Revolution (1). Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte, Stuttgart 1983.
- Molitor, Wolfgang: Marktwert, in: Stuttgarter Nachrichten, 10.07.1995.
- Möller, Horst: Das Kommunismusbild in der alten Bundesrepublik zwischen Kaltem Krieg und Entspannungspolitik, in: März, Peter u. a. (Hgg.): Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur, Köln u. a. 2006, S. 18-31.
- Müller, Josef Heinz: Zwanzig Jahre dynamische Rente. Eine Bilanz mit aktuellem Bezug, in: Herder-Korrespondenz 31 (1977), 4, S. 177-182.
- Müller-Armack, Alfred: Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzungen durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik, in: ders.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg 1966, S. 267-291.
- Münkel, Daniela (Hg.): Schwestern zur Sonne zur Gleichheit. Wegmarken der Geschichte der SPD-Frauenpolitik, München 2013.
- Nachtwey, Oliver: Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009.
- Nawrat, Sebastian: Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982, Bonn 2012.
- Neller, Katja: DDR-Nostalgie: Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden 2006.
- Nolte, Paul: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.
- Nußberger, Angelika: Soziale Gleichheit – Voraussetzung oder Aufgabe des Staates?, in: ZSR 56 (2010), 3, S. 335-345.
- Panorama DDR – Auslandspresseagentur (Hg.): Aufruf an die Bürger der DDR zum 30. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1979.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Acht Jahre danach... Soziale Sicherheit für alle, Bonn 1953.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hgg.): Agenda 2010. Mit zum Frieden und Mut zur Veränderung. Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Berlin, den 14. März 2003, Berlin 2003.

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Aufbruch in die 70er Jahre. Regierung Brandt-Scheel. Bilanz der ersten zwei Jahre, Bonn 1971.
- Ptak, Ralf: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004.
- Rauschenbach, Fritz: 25 Jahre dynamische Rente, in: Die Angestellten-Versicherung 29 (1982), 1, S.1-7.
- Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1979.
- Regierungserklärung Hans Modrow, in: Neues Deutschland, 18.11.1989.
- Regierungserklärung Konrad Adenauers vom 20. Oktober 1953: Abgegeben vor dem Deutschen Bundestag, Bonn 1953.
- Regierungserklärung von Willy Brandt am 28.10.1969, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/06/06005.pdf>, S. 29 [13.06.2019].
- Ritter, Gerhard A.: Thesen zur Sozialpolitik der DDR, in: Hoffmann, Dierk u. a. (Hgg.): Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989, München 2005, S. 11-29.
- Sachße, Christoph: Subsidiarität: Zur Karriere eines sozialpolitischen Ordnungsbegriffs, in: Zeitschrift für Sozialreform 40 (1994), S. 717-738.
- Schäfer, Armin: Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie, in: der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management (dms) 2 (2009), 1, S. 159-183.
- Schelsky, Helmut: Gesellschaftlicher Wandel, in: Offene Welt XLI (1953), S. 64.
- Schmidt, Helmut: Zehn Jahre vernünftige Politik. Die sozial-liberale Koalition – ein Bündnis der Hoffnung, in: Die Zeit, 19.10.1979.
- Schmollinger, Horst W. u. a.: Zwischenbilanz: 10 Jahre sozialliberale Politik 1969–1979. Anspruch und Wirklichkeit, Hannover 1980.
- Schoeck, Helmut: Das Recht auf Ungleichheit, München u. a. 1979.
- Schuster, Dieter: Zur Geschichte des 1. Mai in Deutschland, 2. Auflage, Frankfurt a. M. 1991.
- SED: Das Programm des Sozialismus, Berlin 1966.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985: In der vom Mannheimer Parteitag der SPD am 14. November 1975 beschlossenen Fassung, Bonn 1975.
- SPD: Ausgrenzung in die Neue Armut. Forum der SPD am 05.12.1984, Bonn 1985.
- SPD: Die soziale Frage braucht neue soziale Bewegung. Neue Armut in der Bundesrepublik. Eine Arbeitshilfe, Bonn 1988.
- SPD: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der

- Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, Bonn 1959.
- SPD: Neue Armut in der Bundesrepublik. Gegen die Verharmlosung der individuellen und gesellschaftlichen Folgen von Arbeitslosigkeit, Bonn 1985.
- SPD: „Sozialismus“ – Von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff. Eine Handreichung der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, o. O., o. J.
- SPD: Theorie und Grundwerte. Freiheit oder Sozialismus? Rede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing am 7. März 1976, Düsseldorf 1976.
- Spoerer, Mark: Wohlstand für alle? Soziale Marktwirtschaft, in: Hertfelder, Thomas u. a. (Hgg.): Modell Deutschland: Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen, S. 28-43.
- Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.
- Sudrow, Anne: Kleine Ereignisgeschichte der Währungsreform 1948, in: APuZ 68 (2018), 27, S. 11-16.
- Süß, Winfried: Vom Rand in die Mitte der Gesellschaft. Armut als Problem der deutschen Sozialgeschichte 1961–1989, in: Becker, Ulrich u. a. (Hgg.): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart, Bonn 2010, S. 123-139.
- Tschammer, Anne-Kerstin: Sprache der Einheit. Repräsentation in der Rhetorik der Wiedervereinigung 1989/90, Wiesbaden 2019.
- Vogel, Hans-Jochen: Dem Sozialstaatsgebot verpflichtet. Der Beitrag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Sozialpolitik in der Bundesrepublik, in: Blüm, Norbert (Hg.): 40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1989, S. 161-168.
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Dokumentation. Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit, Bonn 1954.
- Vorstand der SPD: Regierungsprogramm 1976–1980. Beschluß des Außerordentlichen Parteitages in Dortmund, 18./19. Juni 1976, Bonn 1976.
- Walter, Franz: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Frankfurt a. M. 2010.
- Weiß, Peter: Fünfzig Jahre dynamische Rente. Zur größten Sozialreform in Deutschland, in: Die politische Meinung 52 (2007), 449, S. 47f.
- Wildt, Michael: Konsum und Politik in der Bundesrepublik, in: Haupt, Heinz-Gerhard u. a. (Hgg.): Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. u. a. 2009, S. 305-316.

Winkler, Gunnar (Hg.): Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1990.